

Gutachten über "Art der Thematisierung des Komplexes Migration/Integration in ausgewählten sozialen Medien (Schwerpunkt: Plattformmedien)" in den User-Kommentaren

Gliederung:

Zusammenfassung der Befunde in acht Schlaglichtern	S. 02 - 04
1. Teil: Anlage und Durchführung der Studie.	S. 05 - 06
1.1 Methodisches Vorgehen	
1.2 Unsere Datenbasis	
1.3 Die Untersuchungsfragen	
2. Teil: Zum Forschungsstand über Funktion und Dynamik von User-Kommentaren in den Onlinemedien	S. 07 - 10
2.1 Nutzung und Reichweite der Online-News	
2.2 Interaktive User-Beteiligungen	
2.3 Dynamik der Diskurse in den Kommentarspalten	
2.4 Volatilität der User-Kommentardiskurse	
3. Teil: Zur Praxis der mit User-Kommentaren zum Thema Migration/Integration befassten Organisationen	S. 11 - 16
3.1 Objektbeschreibungen der Beobachter	
3.2 Zur Struktur der Kommentarverfasser	
3.3 Die Betroffenen-Perspektive	
3.4 Gegenmaßnahmen	
3.5 Diskussion der Forschungsbefunde	
3.6 Zwischenfazit: drei zu klärende Problemthemen	
4. Teil: Die Befunde unserer Erhebung: Zustandsbeschreibungen	S. 17 - 27
4.1 Der Akteurs- und Handlungszusammenhang	
4.2 Die vier mit den Plattformmedien befassten Akteursgruppen	
• Die engagierten Aufklärer	
• Die intermediären Beobachter	
• Die Strafverfolger	
• Die Betreiber der Online-Newsmedien	
5. Teil: Die Befunde unserer Erhebung: Antworten auf die mit dem Auftrag gestellten Problemfragen	S. 27 - 33

Anhang:

Dokumentation, Beispiele, Literatur

Zusammenfassung in acht Schlaglichtern

- 1.) Die Bereitschaft, das Settlement ausländischer Mitbürger wohlmeinend zu begleiten und Integrationsprozesse – zumindest durch eine fremdenfreundliche Einstellung – zu fördern, wird stark vom vorherrschenden **Meinungsklima** geprägt. Dieses beeinflusst seinerseits die in den Kommentarspalten (KS) der großen Onlinemedien geführten Debatten – wie auch umgekehrt: Die dort praktizierte Kommentarkultur (Art der Argumentation, Schreibstil, Bezugnahme auf Äußerungen u. ä.) wirkt auf das Meinungsklima ein. Das Wissen über diese komplexen Wirkweisen stützt sich auf Studien der Sozial- und Medienwissenschaften. Von daher ist die **Kommentarkultur** ein aussagestarker Indikator für die Einstellung der Einheimischen zu den sozial erwünschten und politisch zu fördernden Integrationsprozessen.
- 2.) Bei den großen Onlinemedien, die User-Kommentare sowohl auf ihren Webseiten wie auch auf ihren Facebookseiten ermöglichen, nimmt die **Kommentiertätigkeit** der Nutzer und Leser stetig zu und wirkt auf die Meinungsbildung ein. Allein die vier reichweitestärksten Online-Newsmedien (bild.de, spiegel.de, focus.de, welt.de)¹, die insgesamt gegen 12 Millionen Unique User pro Tag erreichen, verzeichnen (den Angaben der von uns Befragten zufolge) ein **Kommentarvolumen** von inzwischen bis zu 70.000 Posts pro Werktag – den Angaben der Befragten zufolge mit weiter steigender Tendenz.
- 3.) Der **Kommunikationsstil** eines Teils der User hat sich tendenziell verhärtet; er scheint generell sarkastischer und hämischer intoniert als noch vor einigen Jahren. Dabei wird der Anteil an beleidigenden, herabwürdigenden und hassgefüllten („inivilen“) Posts je nach Medium auf 20% (Welt.de) bis 30% (bild.de) des Inputs geschätzt. Diese Angaben sind allerdings ungenau, weil in allen vier Medienhäusern die Prüfung der eingehenden Posts zweistufig verläuft, indem der Input zuerst mit einem Prüfprogramm gecheckt (Screening) wird. Das Programm sucht die Texte nach Merkmalen (Wörter, Zeichen, Rechtschreibung usw.) ab, die von der Redaktion (d. h. den Administratoren) als riskant bzw. unerwünscht festgelegt wurden (Buzzwords); von daher sind die Filter von Medienhaus zu Medienhaus unterschiedlich. Die vom Bot als unsicher deklarierten Posts werden von Mitarbeitern überprüft. Man kann davon ausgehen, dass allein bei diesen vier Newsmedien täglich rund 20.000 Posts **unsichtbar gemacht oder gelöscht** werden, weil sie aus Sicht der Medienverantwortlichen für die Öffentlichkeit unzumutbar sind und in unserem Kontext auf das Meinungsklima negativ, d.h. integrationsabwehrend einwirken könnten.

¹ Die Reichweiten (tägliche Unique User) sind laut AGOF für September 2019: bild.de 5,2 Mio, Spiegel online 3,7 Mio., Focus online 3,08 Mio., welt.de 2,4 Mio Unique User. Auf Platz 5 rangiert der Newsdienst von t-online mit 2,3 Mio UU).

- 4.) Seit einigen Jahren, vor allem seit Inkrafttreten des NetzDGes gibt es ein deutlich verstärktes **KS-Monitoring** der Netzbeobachter (NGOs), der professionell arbeitenden Beschwerdestellen sowie der Strafverfolgungsbehörden, die rigoros mutmaßliche Gesetzverstöße (insb. Volksverhetzung) strafverfolgen. Aus Sicht der KS-Beobachter zeigt dieser Kurswechsel (Inhaltsdelikte nicht mehr unter dem Primat der Meinungsfreiheit, sondern der strenger ausgelegten Strafgesetzbestimmungen zu bewerten) deutliche Wirkung. Allerdings wird der eher abstrakt definierte Tatbestand der Volksverhetzung als (zu) wenig praktikabel kritisiert (z.B. eco, LfM). Auch deshalb filtern einige Medienredaktionen bei dieser Thematik strenger. Mehrere Medienbeobachter schätzen die bereinigten Kommentarverläufe etwa auf den Facebookseiten von spiegel.de als lebendig und überwiegend sachlich ein. Viele „Hater“ würden ihre Formulierungen so wählen, dass sie „gerade noch“ toleriert würden; „Hardcore-Hater“ seien **abgewandert** in geschlossene Gruppen oder zu Plattformen, die weniger restriktiv kontrolliert würden (wie: kv.com). Damit habe sich die **Diskurskultur insgesamt verbessert** (Diversität der Argumente) – für den Preis, dass fremdenfeindlich Eingestellte in ihren Echokammern nicht mehr erreicht werden.
- 5.) Auch vier Jahre nach der sogenannten Flüchtlingskrise mit ihren Empörungswellen lösen Berichte zum **Themenkomplex Geflüchtete/Migration** eine Flut von User-Kommentaren aus. Im überwiegenden Teil der Posts werden auch weiterhin fest gefügte Positionen vertreten und gegenüber anderen Auffassungen mitunter aggressiv verteidigt (freilich innerhalb der von den Algorithmen gezogenen Grenzen, siehe Punkt 3). Dabei werden **Schweigespiral-Effekte** beobachtet, indem die KSn vornehmlich von rechter und rechtsextremer Seite mit populistischen, gegen Fremde und gegen liberale Persönlichkeiten (Politik und Kultur) gerichteten, dabei hart formulierten Posts überflutet werden. Medienforscher vertreten die These, dass sich auf diesem Wege Gruppen, die einer Minderheit zugehören, als „meinungsführend“ inszenieren und Andersdenkende, vor allem die liberal eingestellten Integrationsförderer einschüchtern und zum Schweigen bringen könnten. So gesehen **verzerrten die Kommunikationsverläufe** vor allem bei bild.de das tatsächliche Meinungsklima – eine These, die von den Moderatoren und Kuratoren in den Medienhäusern nur bedingt geteilt wird.
- 6.) Die für **hohes Kommentaraufkommen** im Themenfeld Migration/Integration markanten Trigger sind a.) Berichte über deviantes oder strafbares Verhalten von Migranten, b.) Äußerungen von Politikern, insb. von der Bundeskanzlerin, sofern sich diese „irgendwie“ auf das Thema M/I beziehen lassen, c.) Auftritte von Prominenten aus Sport und Medienunterhaltung als Akteure wie auch als Betroffene. Viele dieser Trigger sind in Bezug auf die Stoßrichtung volatil. Oftmals hinge es vom „Einstieg“ in den Diskurs ab, welche Richtung er einschlägt. Wenn allerdings die inzwischen tradierten **Klischees und Stereotype** der Migrationspolitik von der Berichter-

stattung bedient werden (z.B. nach den Mustern: Der gute Migrant; der böse Migrant, weil Vergewaltiger), so habe dies negative Folgen auf die Meinungsbildung in den KSn.

7.) Die Kommentarverläufe auf den genannten Plattformmedien sind, was die Diskurskultur betrifft, in unserem Themenfeld eher selten selbstregulierend und insofern prekär. Nützlich für die Erzeugung eines offenen Meinungsklimas ist die **kuratierende Hand von Moderatoren**, die bei aktuellen Konfliktthemen die Kommentarverläufe konstruktiv beeinflussen². Zu diesen **Steuerungsmitteln** zählen: a.) der *Counter Speech* (versachlichende, eher fremdenfreundliche Argumente), b.) das Kuratieren durch vorübergehendes Unterdrücken, Verschieben oder Zurückhalten „toxischer“ Posts, c.) das aktive (explizite) Moderieren in Form von supervisionierenden Kurzkommentaren sowie d.) „Gamification“ genannte pädagogische Mittel (wie: der beste Post des Tages auf der Startseite; ermunterndes Individualfeedback; Einstreuen wichtiger Merksätze aus der hauseigenen Netiquette u. ä.). Mehrere Moderatoren gaben an, dass es auf die je Medium und KS (=Zielgruppen) zugeschnittene „richtige Mischung“ solcher Maßnahmen ankomme.

8.) Aus Sicht mehrerer Medienbeobachter und Moderatoren in den Medienredaktionen werde das **Meinungsklima** zugunsten einer integrationsfreundlichen Stimmung verbessert, wenn die unter Punkt 7 genannten Maßnahmen „breitflächig“ entwickelt würden (interredaktionelle Lernprozesse durch Erfahrungsaustausch fehlen bislang). Aus Sicht engagierter NGOs und Intermediärer Beobachter würde sich das Klima weiter verbessern, wenn die journalistischen Medien (zumal die boulevardesk gemachten) „angemessen“ über Vorgänge und Personen berichteten. Damit ist der **Verzicht** auf entstellende (meist skandalisierende) Schlagzeilen und irreführende Bilder ebenso gemeint wie der Verzicht auf Kampagnen und moralisierende Leitartikel. Mehrere NGO-Sprecher berichteten, dass die differenzierte, oft komplexe Probleme beschreibende Berichterstattung sich positiv auf den Kommentarstil der Nutzer ausgewirkt habe. Einseitig zugespitzte Berichte hingegen wirkten ihrerseits populistisch und evozierten entsprechend intonierte „schrille“ Kommentare.

So gesehen tragen auch die **Quellen der Medien** (politische Akteure, Veranstalter, Autoren, Experten, Kommentatoren) durch die Art ihrer Informationsarbeit mit dazu bei, ob sich – als „two step flow“ – in den Kommentarspalten der reichweitestarken News- und Plattformmedien ein **integrationsfreundlicheres Meinungsklima** ausbreiten kann.

² Zur Adaption des Begriffs „Kuratieren“ durch die Mediensprache siehe: <https://www.wolfgangmichal.de/2015/02/02/wie-das-kuratieren-den-journalismus-veraendert/>

1. Teil: Anlage und Durchführung der Studie

4.1 Methodisches Vorgehen

Die Durchführung entspricht einer Meta-Analyse, indem die Erfahrungen und Erkenntnisse professioneller Redakteure, Kuratoren, Checker, Beobachter wie auch Kenner von "Trusted Flagger"-Programmen ermittelt und über leitfadengestützte Befragungen erschlossen wurden. Unsere Vorrecherchen ergaben, dass wir - gegenüber dem Exposé, das der Auftragserteilung zugrunde liegt – den Kreis der zu befragenden Akteure um zwei Gruppen erweitern sollten: zum einen um Organisationen und Einrichtungen (wie: Landesmedienanstalten, NGOs und Schutzorganisationen), die sich seit einigen Jahren um die politische Kultur im Kontext von Flucht/Migration/Integration kümmern und in diesem Zusammenhang auch die Kommentaraktivitäten in den sozialen Medien begleitend beobachten bzw. dort auch über das Beschwerdewesen eingreifen. Zum andern Strafverfolgungsbehörden, die sich seit Inkrafttreten des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (1. Oktober 2017) zuständigkeithalber v. a. im Themenfeld Fremdenfeindlichkeit mit Hasskriminalität befassen.

Diesem erweiterten Ansatz zufolge haben wir die Ansprechpartner in vier funktional unterschiedliche Gruppen eingeteilt:

- 1.) Akteure in den vier reichweitestärksten Onlinemedien (Spiegel online, bild.de, focus.de, welt.de), die als verantwortliche Cleaner, Kuratoren und Checker die User-Kommentarspalten auf ihren Websites und ihren Seiten auf den Plattformmedien beobachten und steuernd eingreifen;
- 2.) NGO-Initiativen und Organisationen, die das Kommentargeschehen speziell zum Komplex Flucht/Migration/Integration aus der fremdenfreundlichen Perspektive kritisch beobachten und zum Teil aktiv auf den Diskursverkauf einwirken;
- 3.) Einrichtungen, die das publizistische Geschehen privater Medienanbieter beobachten und als Beschwerdeinstanz mandatiert sind (wie. Landesmedienanstalten);
- 4.) Rechtspflege: Vertreter insb. von Strafverfolgungsbehörden, die sich seit 2018 mit sog. Hasskriminalität zum Komplex Flucht/Migration/Integration vor allem im Internet, insbesondere in den sozialen Netzwerken befassen.

Entsprechend diesem Vorgehen wurden die im Exposé skizzierten Arbeitsschritte reorganisiert.

4.2 Unsere Datenbasis

Insgesamt konnten 28 Einrichtungen identifiziert werden, die im obigen Sinne als Akteure und Experten mit der Beobachtung bzw. Kontrolle bzw. Maßnahmen in Bezug auf User-Kommentare (KS) in den Onlinemedien befasst sind. Von diesen verweigerten drei Einrichtungen jegliche Auskunft; eine Unternehmung, die als Clearingstelle für Facebook arbeitet,

wurde nach London umgesiedelt und sieht sich als für Deutschland nicht mehr zuständig. Drei Behörden (Landeskriminalämter) schoben die Beantwortungen „auf die lange Bank“. Die verbliebenen 21 Einrichtungen stellten uns kompetente und mit dem Thema erfahrene Fachleute als Gesprächspartner zur Verfügung (Übersicht: siehe Anhang). Die leitfadengestützten Befragungen dauerten im Mittel je 55 Minuten und wurden überwiegend telefonisch geführt. Die Ausführungen der Befragten wurden transkribiert, quantitativ und qualitativ ausgewertet (MaxQDa) und komparativ analysiert.³

Unsere Daten geben einen umfassenden Einblick in das Interaktionsgeschehen auf den Kommentarspalten der Newsmedien und Plattformmedien unter starker Berücksichtigung von Facebook für die Zeitphase von Anfang 2017 bis Sommer 2019 (drei der vier genannten Newsmedien unterhalten Kommentarspalten unter Artikeln und Beiträgen auf ihren Webseiten, alle vier auf Ihren Facebookseiten bzw. unter den dort platzierten Beiträgen).

4.3 Die Untersuchungsfragen

Die mit diesem Gutachten zu beantwortenden zentralen Fragestellungen wurden auf unsere veränderten Akteurszugänge und das dabei gewonnene Datenmaterial zugeschnitten und erweitert. Sie finden sich zusammen mit ihrer Beantwortung im 5. Teil des Gutachtens.

Allerdings ist die Frage nach der Dynamik von User-Kommentarverläufen und deren Beeinflussung aus Sicht der Praktiker recht nebulös. Zur Abstützung unseres Untersuchungsdesigns stellte sich uns darum zunächst die Frage, ob die empirische Medien- und Kommunikationsforschung zum Themenfeld „User-Kommentare und die mit Hate-Speech verbundene Dynamik der Kommentarverläufe“ Studien durchgeführt und gegebenenfalls für uns dienliche Erkenntnisse geliefert habe. Soweit gegeben, fassen wir diesen zusätzlich recherchierten Forschungsstand kurz zusammen, um ihn in unsere Erhebung einzubeziehen.

³ Die Befragungen, deren Transkription und Codierungen wurden von Eleni Amvrosiadou und Elena Riedlinger, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des EIJK, im September und Oktober 2019 durchgeführt.

2. Teil: Zum Forschungsstand über Funktion und Dynamik von User-Kommentaren in den Onlinemedien

2.1 Nutzung und Reichweite der Online-News

Der Ausgangspunkt: Unsere Expertise befasst sich mit dem in Bezug auf Integrationsprozesse einflussstarken Meinungsklima. Dieses wiederum wird von den Kommentarspalten der Leser/User stark beeinflusst, die von Medienbetreibern (hier: Newsanbietern) angeboten und zum Teil kuratiert werden. Von daher ist die Wirkweise dieser Foren und Spalten auf das Meinungsklima wesentlich von deren Reichweite abhängig.⁴

Reichweiten: Dem jüngsten *Digitalnewsreport* von Reuters (2019) zufolge nutzen in Deutschland inzwischen mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Erwachsenenbevölkerung Online-Newsangebote (Websites, Apps, Newsletter, Messenger). Mehr als jede zweite Befragte (58%) sagen, dass sie auch regelmäßig YouTube nutzen; diese Video-Plattform ist inzwischen populärer als Facebook, deren Nutzung rückläufig ist (innert drei Jahren von 54% auf 50%).

Informationsbedürfnisse: Die genannten Web-Medien dienen bekanntlich unterschiedlichen Zwecken und Wünschen im weiten Feld zwischen Individual-, Gruppen- und Massenkommunikation. Zu diesen zählen u. a. auch Informationswünsche, die sich auf aktuelle Nachrichten beziehen. Ein erheblicher Teil vor allem jüngerer männlicher User nutzt ausschließlich Online-Newsangebote. Den jährlich von Reuters erstellten *Digitalnewsreports* zufolge liegt 2019 der Teil in der Gesamtbevölkerung, der sich mittels der Plattformmedien (Social Media) über das aktuelle Geschehen informiert, bei knapp einem Drittel (31 Prozent); jeder fünfte Erwachsene (19%) nutzt zu diesem Zweck (auch) die Videos auf YouTube (steigende Tendenz), fast jeder vierte (Rückgang von 24 auf 22%) informiert sich via Facebook⁵.

Den Längsschnitt-Daten zufolge wächst der Bevölkerungsanteil kontinuierlich, der sich ausschließlich über Onlinemedien informiert (Effekt der natürlichen Wanderung). Im Unterschied zu den angloamerikanischen Gesellschaften erzielen dabei die Nachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – quasi als Flaggschiffe der klassischen Medien – noch immer die größte Reichweite. Diese Vormacht verliert indessen ihre Bedeutung, wenn es um die für zivilgesellschaftliche Prozesse charakteristische Interaktivität geht, die aus den Informationsempfängern öffentliche Diskursteilnehmer gemacht hat bzw. machen sollte: Diese Aktivierungspotentiale werden vom Rundfunk nicht unterstützt.

⁴Der operative Begriff „Meinungsklima“ geht auf Noelle-Neumann und ihr an die Medien gebundenes Konzept der „Schweigespurale“ zurück (1980:17ff.) In den personalisierten Online-Öffentlichkeiten werden indessen strittige Themen anders bewertet und gedeutet als in redaktionellen Massenmedien und politischen Institutionen. So ist ein Auseinanderdriften von Bevölkerungsmeinungen und Medientenor zu beobachten. Dabei ist die Meinungsdynamik in sozialen Netzwerken weniger von tradierten Rollenmustern denn von „kurzfristig aufsummierten Handlungen vieler Menschen“ geprägt (Maireder 2018:107ff.). Von daher können sich „plurizentrische“ Meinungsklimata wie auch konsonante Meinungsblöcke in segmentierten Onlineöffentlichkeiten ausformen.

⁵ <http://www.digitalnewsreport.org/survey/2019/germany-2019/>

2.2 Interaktive User-Beteiligungen

In der Reuters-Erhebung ein Jahr zuvor (2018) wurde auch nach der „aktiven Beteiligung an der Nachrichtenberichterstattung“ im Internet gefragt; 14 Prozent gaben an, dass sie bei den Onlinemedien, die sie für Informationszwecke nutzen, die *Kommentarfunktion aktiv* verwenden; 21 Prozent gaben an, dass sie Artikel auch teilten⁶. Überraschend daran ist, dass diese Interaktivität unter denen, die sich politisch eher links einordnen, deutlich ausgeprägter ist als bei jenen, die sich politisch eher rechts sehen (5 bis 8% Differenz). Den geringsten Aktivismus zeigen jene, die sich der politischen Mitte zuordnen (Beispiel „Artikel in SM kommentieren“: Politische Mitte 10%, politisch rechts 15%, politisch links 20%). Besonders aktiv geben sich aber auch jene, die sagen, dass sie kein Vertrauen in Nachrichten hätten, während jene, die den Nachrichten vertrauen, sich deutlich weniger aktivieren⁷.

Offenbar sind diejenigen, die sich als User im Internet aktiv einbringen, die auf Websites der Newsanbieter deren Berichte bewerten und teilen und in den Kommentarspalten ihre Meinung posten, weiterhin eine Minderheit, die je nach Altersgruppe und Milieu zwischen acht und 28 Prozent ausmachen. Allerdings ist die Lesereichweite der Online-Kommentarspalten – abhängig vom Thema – relativ groß: Verschiedenen Erhebungen zufolge liest die Mehrheit derer, die sich über Onlineangebote informieren, auch in den Kommentarspalten und nutzt dort die Aussagen anderer User/Leser für ihre Meinungsbildung (vgl. Springer/Engelmann/Pfaffinger, 2015).

2.3 Dynamik der Diskurse in den Kommentarspalten

Studien stützen die Vermutung, dass insbesondere Leserkommentare die Meinungsbildung unter den Online-Newslesern beeinflussen und auch zur Herausbildung politisch verengter „Meinungskorridore“ und selbstreferenzieller Echokammern beitragen (Neumann/Krämer 2017). Als Grund wird angegeben, dass die Bereitschaft, sich öffentlich zu äußern, mit dem Glauben wächst, dass die eigene Meinung der Mehrheitsmeinung entspricht. Wähnt man sich hingegen einer Minderheit zugehörig, sinkt die Artikulationsbereitschaft. Diese Tendenz scheint in der quasi-öffentlichen, zugleich personalisierten Sphäre der Plattformmedien stärker ausgeprägt zu sein als in der zwischenmenschlichen Kommunikation; Experimente zeigen, dass Probanden, wenn sie eine aparte Meinung äußern, herabwürdigende Kommentare fürchten, zumal sie sich den öffentlich einsehbaren, als kränkend empfundenen Verbalangriffen ausgeliefert fühlen (Neumann/Krämer 2018).

Der damit verbundene Konformitätsdruck (ein Effekt, der an die Theorie der Schweigespirale erinnert) kann den User-Kommentarspalten eine zusätzliche Wirkkraft verleihen: Bildet sich

⁶ <http://media.digitalnewsreport.org/wp-content/uploads/2018/06/digital-news-report-2018.pdf>

Diese Angaben stimmen grosso modo mit den Befunden der ARD/ZDF-Onlinestudie 2019 überein (vgl. MP 9/2019382ff.)

⁷ Hölzig/Hasebrink, in: MP 12/2018, 575-582.

im Kommentarverlauf eine bestimmte Position bzw. Auffassung als dominant heraus, so erscheint vielen Usern diese Position im Fortgang des Diskurses als tonangebende Mehrheitsmeinung. Berücksichtigt man den zuvor referierten Befund, dass sich vor allem misstrauisch eingestellte User, die zu radikaleren Positionen tendieren, besonders häufig äußern, dann ist die Vermutung naheliegend, dass – je nach Thema – in vielen Kommentarspalten der Social Media ein integrationsfeindlicher Trend zur *Polarisierung und Unterdrückung* abweichender Positionen mitgegeben ist.

Als Beleg für diese Vermutung wird von Medienwissenschaftlern „im Kontext der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 der Hass von Nutzenden in den digitalen Kommentarspalten“ angeführt. Dieser habe bewirkt, „dass sich das integrative Potenzial digitaler Medientechnologien in eine destruktive Kraft wandelt, die die Hilfsbereitschaft und Solidarität gesellschaftlicher Gruppen untereinander bedroht.“ (Köhler et al. 2019:300). Seither beobachten Medienpsychologen und Linguisten auf den Plattformmedien „eine negative Veränderung der Sprach- und Debattenkultur sowie ein Anstieg von Inzivilität“. Mit diesem Konstrukt, das andere Forscher „Devianz“ nennen (vgl. Wilhelm/Ziegler/Jöckel 2019:278), ist ein Modus öffentlicher Kommunikation gemeint, der „gegen kommunikative Normen des bürgerschaftlichen Diskurses sowie demokratische Werte [verstößt]“ (Kümpel/Rieger 2019:9), mithin ausgrenzend und insofern desintegrativ wirkt. Zeichen dafür seien „herabwürdigende Sprache, Vorurteile gegenüber sozialen Gruppen sowie verbale Aggressionen und Bedrohungen“ (Köhler 2019: 301), eine Ausdrucksweise, die gemeinhin „Hate Speech“ oder „Online-Hasrede“ genannt wird⁸, auf die wir noch näher eingehen werden.

2.4 Volatilität der User-Kommentardiskurse

Die zitierten Tendenzen müssen nicht zwingend als „zunehmende Gefahr für demokratische Gesellschaften“ gedeutet und diskutiert werden (Anderson et al., 2014). Die Tonalität der Diskurse schwankt je Medium, Thema und Anlass stark, auch ist sie von den Lebensstilen der partizipierenden Publika abhängig, was zudem auf Unterschiede in den sozialen Milieus verweist⁹. Dabei belegen Studien und Erhebungen in den USA die Veränderungen im moralpolitischen Meinungsklima seit der Präsidentschaft von Donald Trump: Einerseits finden sich bei *Fox News* auf Facebook - dem dort reichweitestärksten Newsanbieter - mit knapp 6,8 Millionen Postings die mit Abstand meisten Wutkommentare („with Fox News driving the most angry reactions of anyone, with nearly double that of anyone else“- NewsWhip 2019). Politik bedeute Ärger, lautete eine kurze Folgerung aus den *NewsWhip*-Daten (Owen 2019). Andererseits treiben Unterhaltung und Spaß das User-Publikum an. So generiert der britische Anbieter *LADbible.com*, der sein Geschäft mit Klatsch, News- und Unterhaltungsange-

⁸ Definition: „Hass gegen gesellschaftliche Gruppen (so zum Beispiel aufgrund einer sexuellen Orientierung, Religionszugehörigkeit, aufgrund des Geschlechts, der Ethnie)“, der sich „insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken auszeichnet, die der Verunglimpfung und Herabsetzung eben dieser Gruppen dienen.“ (Kümpel/Rieger 2019:9)

⁹ Die systematische Beeinflussung durch *politische Gruppen* wie auch durch Bots wird vielerorts hypostasiert, konnte aber im Rahmen dieser Erhebung nicht belegt werden.

boten macht, ebenfalls auf Facebook die mit Abstand größten Kommentaraktivitäten (13,6 Millionen Postings oder knapp 28 Prozent der Publikumsaktivitäten auf seinen Seiten). Diese sind überwiegend unterhaltsamer Art und haben nichts mit Diskriminierung in der Art der Hate Speechs gemein.

Diese knappe Übersicht soll genügen, um deutlich zu machen, dass

- a.) die Kommentarverläufe zu kontrovers diskutierten Vorgängen und Themen (wie insb. Flucht und Migration) hoch volatil und quasi nomadisch sind;
- b.) User-Kommentarverläufe je nach sozialem Milieu, Anlass und Channel (Medium) auf das Meinungsklima der Online-Community stark einwirken können;
- c.) Diskurse in den Kommentarspalten von Personen und/oder Gruppen vermittels hoher Artikulationsintensität (Meinungsstärke, Polemik und inhaltliche Simplifizierung) manipuliert und gelenkt werden können;
- d.) im Verlauf solcher Diskurses sich das Meinungsspektrum meist verengt und bei wertbesetzten, moralisch aufgeladenen Themen (hier: Migration/Integration) sich Schweigespiraleffekte einstellen;
- e.) sich anbahnende Echokammer-Tendenzen durch die kuratierende Betreuung wie auch durch Eingriffe in den Kommentarverlauf abgeschwächt werden können; es scheint, als könnten mit diesen Mitteln auch Diskursabbrüche, die sich polarisierend auswirken, vermieden werden.

3. Teil: Praxiserfahrungen der mit User-Kommentaren zum Thema Migration/Integration befassten Organisationen

3.1 Objektbeschreibungen der Beobachter

Seit Herbst 2015 belegen Berichte von Medienbeobachtern, insb. von den um das Wohl der Migranten besorgten NGOs die Zunahme diskriminierender Kommentare in den Plattformmedien mit folgenreichen negativen, die integrativ wirksamen Prozesse schwächenden Effekten auf das Meinungsklima. „Seit vermehrt Flüchtlinge im deutschsprachigen Raum Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, explodieren die sozialen Netzwerke. Alle und jede haben eine Meinung, eine Warnung, Sorgen, sehr viel Hass und noch mehr Wut“, schrieb die *Amadeu Antonio Stiftung* im Jahr 2016 über „Hetze gegen Flüchtlinge in Sozialen Medien“. Drei Jahre später, im Mai 2019, konstatierte der Verein *ichbinhier e.V.* nach zwei Jahren Netzbeobachtung: „Hate Speech und koordinierte Online-Attacken sind längst und leider keine Seltenheit mehr, immer häufiger scheinen Menschen und Initiativen, die sich politisch engagieren oder für demokratische Werte öffentlich eintreten, Zielscheibe von Hass und Menschenfeindlichkeit zu sein.“¹⁰

3.2 Zur Herkunft und Struktur der Kommentarverfasser

Die Frage, ob und in welchem Umfang fremdenfeindliche bzw. rassistische Hasskommentare singuläre und individuelle Äußerungen oder doch eher organisierte Kampagnen sind, haben mehrere NGO-Initiativen mit eigenen Erhebungen untersucht. Eine im Auftrag des Vereins *ichbinhier e.V.* vom (befeundeten) *Institute for Strategic Dialogue (ISD)* 2018 durchgeführte Analyse von über 1,6 Millionen rechtsextremen Posts in sozialen Medien (Twitter und öffentliche Facebook-Seiten) im Zeitraum von Februar 2017 bis Februar 2018 zeigt, „dass explizit rassistische, antimuslimische und antisemitische Posts seit dem Inkrafttreten des NetzDG im Oktober 2017 zwar abgenommen haben, aber koordinierte rechtsextreme Online-Hasskampagnen seit Dezember im Schnitt mehr als dreimal so weit verbreitet seien (ca. 300.000 Posts / Monat) wie in den zehn vorangegangenen Monaten (ca. 90.000 Posts / Monat).“ (Kreißel et al 2018:2). Die Verfasser folgern: „Hate Speech unter Medienartikeln der großen deutschsprachigen Newsseiten auf Facebook wird von einer – gemessen an der Anzahl aller Nutzer – kleinen Gruppe von Accounts produziert, ‚gepusht‘ und verbreitet. Die Verbreitung geschieht oft inhaltlich und zeitlich koordiniert. Ziel dieser Koordination ist es, politische Inhalte in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren und den Eindruck zu erwecken, die kommunizierten Einstellungen zu diesen Inhalten entsprächen der Einstellung des Durchschnittsnutzers. Auf diese Weise soll eine verzerrte Darstellung des Meinungsbildes erreicht werden, die wiederum auf die tatsächlichen Meinungen der User zurückwirkt.“ (Kreißel et al. 2018:25.). Eine Anfang 2019 von mehreren Anti-Hate Speech-NGOs initiierte Analyse der an Shitstorms beteiligten Accounts bestätigt, dass von den rund 40.000 ermittel-

¹⁰ <https://www.ichbinhier.eu/digitaler-hass-gegen-die-demokratie>

ten Accounts allein 2.000 (rund 5%) etwa die Hälfte aller Interaktionen erzeugt hätten; viele von diesen Accounts seien an mehreren Hass-Kampagnen beteiligt gewesen. Die Netzwerkanalyse beschreibt Verflechtungen der „Sympathisanten von Organisationen der Neuen Rechten, die wiederum oft die AfD unterstützen.“¹¹

3.3 Die Betroffenen-Perspektive

Im Frühjahr 2019 vom *No Hate Speech Movement* durchgeführte Gespräche mit 12 von Hate Speech-Kampagnen Betroffenen bestätigen einen stark einschüchternden und verunsichernden Effekt der Hassbotschaften im Netz.¹² Auf solche Effekte hatte die *Amadeu-Antonio-Stiftung* bereits 2016 hingewiesen, damals bezogen auf die in den Hassbotschaften direkt adressierten Migranten und Asylbewerber. Folgt man den in den Folgejahren publizierten Berichten, so hat sich das Hassobjekt gedehnt und verschoben auf Personen, Gruppen und Parteien, die sich explizit dem Fremdenhass entgegenstellen und einer liberalen Flüchtlingspolitik das Wort reden. Besonders junge Erwachsene scheinen häufig auf Hassreden im Netz zu stoßen, manche auch selbst als Opfer davon betroffen zu sein. Einige Studien vermuten, dass viele Menschen, die die abwertenden Kommentare lediglich lesen, eingeschüchtert reagierten und insofern den diskursunterdrückenden Schweigespiral-Effekt mit ihrem Rückzug bestätigten und verstärkten.

In diese Richtung weisen auch die periodisch durchgeführten Studien der *Landesanstalt für Medien NRW* (LfM NRW). Unter das Wort „Hate Speech“ fasst sie sämtliche aggressiv formulierten, die Adressaten (Personen oder Gruppen) abwertenden Postings.¹³ Ihre Erhebung von 2018 ergab, dass die Wahrnehmung von Hassreden bzw. -kommentaren im Vergleich zu den Vorjahren leicht zugenommen habe. Über *drei Viertel der Befragten* gaben an, schon einmal (im weitesten Sinne) Hasskommentare auf Webseiten, in sozialen Netzwerken, in Internetforen angetroffen zu haben. Die Folgestudie 2019 (LfM NRW) zeigt, dass lediglich 5 Prozent der 14- bis 24-Jährigen sagen, sie hätten im Internet noch nie Hasskommentare angetroffen. Jeder Dritte von denen, die sich nicht (mehr) an öffentlichen Diskussionen im Internet beteiligen, gab an, sich aus Angst vor Beleidigungen zurückzuhalten.¹⁴

¹¹ Die Verfasser schreiben: „Ausschließlich öffentlich einsehbare Daten wurden ausgewertet. Wir haben alle Accounts eingeschlossen, die auf Shitstorm-Kommentare mit ‚Gefällt mir‘ reagiert haben.“ (Quelle: Fußn.8).

¹² Vgl. <https://www.ichbinhier.eu/digitaler-hass-gegen-die-demokratie> vom 7. Mai 2019

¹³ Landesanstalt für Medien NRW (2018). Ergebnisbericht Hassrede. Online: https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/Dateien_Forschung/forsaHate_Speech_2018_Ergebnisbericht_LFM_NRW.PDF [06.10.2019]

¹⁴ Landesanstalt für Medien NRW (2019). Hate Speech und Diskussionsbeteiligung im Internet. Zentrale Untersuchungsergebnisse der Hate Speech-Sonderstudie. Online: https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Service/Veranstaltungen_und_Preise/Ergebnisbericht_Hate_Speech_Sonderstudie_LFMNRW.pdf [06.06.2019].

Etwa dieselbe Tendenz (mit demselben erweiterten Hassrede-Begriff)¹⁵ zeigt eine demoskopische Erhebung vom 2019. Unter dem Titel „Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie“ nennt der Herausgeber, das bereits zitierte *Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft IDZ* (gefördert vom Verbund mehrerer Anti-Hass-Initiativen, darunter *campact e.V.*, die *Amadeu-Antonio-Stiftung*, das *No-Hate-Speech-Movement*) folgende Befunde¹⁶:

- 40 Prozent aller Befragten, aber 73 Prozent der Befragten im Alter von 18 bis 24 Jahren waren im Internet schon auf Hasskommentare gestoßen. Hassobjekte sind neben Geflüchteten und Muslima auch politische Entscheidungsträger und politisch Andersdenkende.
- Etwa jeder zehnte männliche Bürger war schon einmal persönlich von Hasskommentaren im Netz betroffen (weibliche: 6%). Unter jungen Erwachsenen sind es mit 17 Prozent deutlich mehr (was auch mit ihrer intensiveren Netznutzung zusammenhängt). Die Hälfte der von Hate Speech Betroffenen dieser Altersgruppe nennt Depression als Folge von Hass und Belästigung im Netz.
- Der Aussage „Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet, weil sie Menschen einschüchtern und verdrängen“ stimmen 75 % der Befragten zu. Zwei Drittel fanden auch folgende Aussage zutreffend: „Hass im Netz schränkt die Meinungsfreiheit ein, weil Nutzer*innen sich seltener zu ihrer politischen Meinung bekennen“. Etwa jeder zweite User (54 Prozent) gibt an, dass er – als Reaktion auf Hassreden im Internet – sich seltener zu seiner politischen Meinung bekenne und sich seltener an Diskussionen im Netz beteilige (47 Prozent). Eine Mehrheit (59 %) fand auch diese Aussage zutreffend: „Durch den öffentlichen Hass im Netz hat sich [auch das] verändert, was man auch außerhalb des Internets sagen kann und was nicht.“ (IDZ 2019: 25-29).

3.4 Gegenmaßnahmen

Schon 2016 wies die *Amadeu Antonio Stiftung* auf das Mittel des sogenannten Counter Speech hin, mithin auf die Möglichkeit, „sich aktiv mit dem Verbreiten flüchtlingsfeindlicher und rassistischer Vorurteile und Hetze in Sozialen Netzwerken auseinanderzusetzen und Menschen bei ihrem Weg zu unterstützen, sich menschenrechtsorientiert in die Onlinedebatte einzubringen.“ In Übereinstimmung mit den zuvor referierten Befunden wird herausgestellt: „Gegenrede ist vor allem deshalb wichtig, weil es den sichtbaren und öffentlichen Widerspruch zu Rassismus und Hetze darstellt. Dadurch entsteht ein Gegengewicht zur gefühlten Dominanz von Hassrede in Diskussionen und der Gesprächsverlauf wird positiv beeinflusst.“ (2016:9) Dies gelinge vor allem durch sachliches Nachfragen, durch klares Benennen von diskriminierenden Äußerungen vor allem, wenn diese camoufliert (etwa in Frageform, in Möglichkeitsform u. ä.) formuliert sind, sowie durch abgestützte Gegenargumente. Wirksam, so empfiehlt die Stiftung, sei auch „Debunking“, das Entlarven von Falsch-

¹⁵ Verwendete Definition: „Aggressive oder allgemein abwertende Aussagen gegenüber Personen, die bestimmten Gruppen zugeordnet werden, werden ‚Hate Speech‘ bzw. synonym auch ‚Hassrede‘, Hasssprache‘ oder ‚Hasskommentare‘ genannt.“ (IDZ 2019:12).

¹⁶ Dem Herausgeber IDZ zufolge fand die bundesweite, dabei repräsentativ angelegte Online-Befragung (n=7.349) vom 12.04. bis 07.05.2019 statt, durchgeführt vom Meinungsforschungsinstitut YouGov.

informationen, Mythen und Lügen durch sachrichtige Informationen und Darstellungen. Auch Hilfe zum „Empowerment“ der durch Hassmail-Kampagnen Eingeschüchterten sei dienlich, denn die Betroffenen wüssten oftmals nicht, ob und ggf. wie sie sich zur Wehr setzen sollten.

Vermittels solcher Aktivitäten könne der Kommentarverlauf wieder offener und diskursiver werden: „Manchmal führen Sachargumente zu Diskussionsbereitschaft. Es kann hilfreich sein, andere demokratische Nutzer_innen zu bitten mitzumachen und Nutzer_innen, die sich bereits in einer Auseinandersetzung befinden, argumentativ zu unterstützen. (...) Für demokratische Gesellschaften ist es wichtig, dass Widerspruch sichtbar geäußert wird.“ (2016:13).

Die im Sommer 2019 vom IDZ präsentierte Studie hält diesen individualistischen Ansatz für unzureichend. Die mit dem IDZ kooperierende Initiative *!Campact*¹⁷ sowie weitere NGO-Initiativen treten mit dieser politischen Forderung auf: „Der Staat sollte die bestehenden Gesetze gegen Beleidigungen, Hassrede und Verleumdung auch im Internet konsequent durchsetzen.“ Das IDZ hat diese Forderung demoskopisch geprüft; die überwiegende Mehrheit der Befragten stimmt dieser Forderung zu (in Sachsen 65%, in Hamburg 80%; in den anderen Bundesländern liegen die Mehrheit zwischen 68 und 78%). Fast drei Viertel (74%) finden zudem diese Forderung richtig: „Es sollte in [meinem Bundesland] spezialisierte Anlaufstellen für Betroffene von Hass im Internet geben.“¹⁸ Und fast ebenso viele machten sich auch diese Forderung zueigen: „Betroffene von Hassbotschaften sollten gegen die Täter*innen klagen können, ohne dafür erst mal finanziell in Vorkasse gehen zu müssen.“ (IDZ 2019:32f.).

3.5 Diskussion der Forschungsbefunde

Gegen die Befunde zur Verbreitung von Hassbotschaften ließe sich einwenden, dass im realen Kommentargeschehen viele Beteiligte differenzierter, mitunter auch irritierter agieren und reagieren. Eine empirische Laborstudie ergab, dass indirekt formulierte (=camouflierte), weniger offensichtliche Normverletzungen in Kommentaren als weniger „schlimm“ (inzivil, deviant) wahrgenommen werden. Auch Herabsetzungen würden als weniger problematisch empfunden als aggressive, bedrohlich wirkende Formulierungen. Die Studienleiter deuteten dies dahin, dass „Neutralisierungen dazu [beitragen], dass Normverletzungen in Nutzerkommentaren als moralisch akzeptabel angesehen werden und somit deviantes Verhalten begünstigen.“ Von daher könnten neutralisierte Formulierungen zu „einer gesellschaftlichen Demoralisierung“ beitragen, weil sie die Akzeptanz von Normverletzungen quasi verharmlosen und damit begünstigen würden. Diese Form von Unterschwelligkeit, schreiben die Verfasser, gehöre zum Mechanismus von Verschwörungs-

¹⁷ Selbstauskunft: „Gemeinnützige Nichtregierungsorganisation zur Organisation politischer Kampagnen aus Verden, Deutschland“ Wikipedia: „Campact [kæmpækt] ist eine 2004 entstandene, ehemals gemeinnützige Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Berlin.

¹⁸ Übersehen wurde vielleicht, dass in mehreren Bundesländern wie auch bundesweit solche Anlaufstellen eingerichtet wurden, etwa seit Juli 2017 „Meldestelle für „Hate Speech“ ab heute online“, unter: <https://www.klicksafe.de/service/aktuelles/news/detail/meldestelle-fuer-hate-speech-ab-heute-online/>

theorien, die oftmals den Begründungsrahmen von Hassbotschaften hergeben (Wilhelm/Ziegler/Jöckel 2019:286f.).

Berichte über Counter Speech-Erfahrungen differenzieren diese Deutung. Je nach „Gegner“ können camouflierte, auch ironische oder humorig formulierte Counter insofern erfolgreich sein, als sich „Mitläufer“ vom wortführenden „Hater“ absetzen. "Ich nehme sie auch oft auf den Arm. Das funktioniert manchmal - und sie werden einsichtig, oft aber auch nicht", sagt der in Oldenburg geborene Journalist Hasnain Kazim, Sohn indisch-pakistanischer Eltern.¹⁹ Ansonsten argumentiere er sehr viel. "Ich versuche diese Menschen an die Hand zu nehmen." Daraus folgt: Das für Integrationsprozesse einflussstarke Meinungsklima wird auf den Foren und in den Kommentarspalten nicht allein von den Aussageninhalten, sondern auch von der Steuerung des Diskurses auf der Interaktionsebene wie auch über die Beeinflussung des Kommunikationsstils geprägt.

Experimente der US-amerikanischen Medien- und Kommunikationsforschung bekräftigen diese Erfahrung: Wird in den Kommentarspalten der Foren und Plattformen eine als freundlich erlebte, im Ton respektvolle Diskursatmosphäre erzeugt, so erhöht sich die Teilnehmerzahl; das Kommunikationsverhalten der Teilnehmenden „zivilisiert“ sich nachweislich unbeschweren der "Härte" der Argumente (vgl. Fredheim/Moore/Naughton, 2015).

3.6 Zwischenfazit: drei zu klärende Problemthemen

Erstens der Gegenstand Hate Speech: Diese Differenzierungen verweisen darauf, dass man bei den oben referierten demoskopischen Erhebungen deren vage gefasste Items („Hassrede“, „Bedrohung“, „Depression“ u. a.) und allgemein gehaltenen Aussagesätze (wie: „Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet“) als Unschärfen in Rechnung stellen muss. Gleichwohl bestätigen die Daten und Deutungen grosso modo die im Forschungsbericht (2. Teil) genannten ambivalenten Tendenzen im Umgang mit Kommentaren zu Flucht- und Migrationsthemen: Zum einen ist man bestürzt über Echokammer-Effekte, die durch zunehmend aggressive, Personen und Personengruppen herabsetzende bzw. diskriminierende User-Kommentare entstehen und die polarisierend und desintegrativ wirken. Zum anderen besteht die Aussicht, dass man sich gegen diese Tendenz durchaus zur Wehr setzen kann, indem fremdenfeindliche Hassreden mit sachlich vorgetragenen Einwänden und Gegeninformationen (Counter Speech) konterkariert und insofern in einen Meinungs-austausch überführt werden könnten bzw. sollten.

Zweitens die Urheber: Die von NGO-Initiativen unternommenen Hasskampagnen- und Shitstorm-Analysen liefern Hinweise, dass die hohe Frequenz an Hassbotschaften ein Trugbild über das tatsächliche Meinungsklima liefere: Es sei eine aggressive, eher kleine Minderheit rechtspopulistischer und rechtsextremer Gruppen, denen es dank ihres gut vernetzten, auch strategisch orchestrierten Vorgehens gelänge, in den Kommentarspalten der Online-

¹⁹ Zit nach: SWR 1 Rheinland-Pfalz vom. Stand: 15.11.2018

medien Fremdenfeindlichkeit als Mehrheitsmeinung erscheinen zu lassen. „Eine hasserfüllte Minderheit versucht, eine Meinungshoheit vorzutäuschen. Eingeschüchtert von der Übermacht solcher Kommentare schrecken zahlreiche Nutzer*innen davor zurück, ihre politische Meinung online zu vertreten. Damit schränkt Hassrede die Meinungsvielfalt in unserer Demokratie ein“ (IDZ 2019:3). Aus unserer Sicht ist diese Deutung wissenschaftsmethodisch unzureichend belegt (die angeführten Erhebungen haben eher den okkasionellen Zuschnitt von Fallstudien). Das in den Studien gezeichnete Bild – die Hass propagierende Minderheit steht im Widerspruch zur fremdenfreundlich liberalen Mehrheitsgesellschaft – bleibt von daher hypothetisch und wird in unserer nachfolgend referierten Erhebung ebenfalls thematisiert. Mehrere (erhebungsmethodisch solide angelegte) demoskopische Erhebungen zum Themenkomplex Migration/Flüchtlinge/Asylbewerber jedenfalls zeichnen ein vielfach schattiertes Meinungsbild, indem integrationshemmende Vorbehalte zwar weit verbreitet sind, diese aber nicht mit Fremdenfeindlichkeit in eins fallen, vielmehr mit Skepsis gegenüber der Problemlösungskraft der Regierung einher gehen. Beispiel Zuwanderungsgesetz: „Aus Sicht der Bevölkerung sollten [...] *Kontrolle und Begrenzung* von Zuwanderung im Vordergrund eines solchen Gesetzes stehen. Inwieweit ein Zuwanderungsgesetz auch die Aufnahme von Flüchtlingen betreffen sollte, hängt stark von den Argumenten ab, mit denen die Zuwanderung begründet wird. So spricht sich die Bevölkerung beispielsweise mehrheitlich dafür aus, auch abgelehnten Asylbewerbern ein Bleiberecht zu gewähren, wenn diese erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert sind. Zwar wünscht sich die Bevölkerung eine rasche gesetzliche Regelung der Zuwanderung, aber 43 Prozent können keine Partei nennen, der sie ein sinnvolles Konzept zutrauen.“²⁰

Drittens die Dynamik und die Effekte der Gegenmaßnahmen: Die wissenschaftsbasierten Studien wie auch die Aktivitäten der NGOs empfehlen die aktive Einmischung in Kommentarverläufe, vor allem die couragierte, dabei sachliche Gegenrede, um dem Kommentarverlauf „eine Wende“ zu geben und auf diesem Wege zu einem integrationsfreundlicheren Meinungsklima beizutragen. Die angeführten Erfahrungen sprechen dafür, dass insbesondere die „Mitläufer“ erreicht und vielleicht auch zum Umdenken angeregt werden könnten. Andere Erfahrungen zeigen, dass die Bereitschaft zum Überdenken der eigenen Vorurteile in angstbesetzten Themenfeldern (hier: „das Fremde, Befremdliche“) eher gering sei, dass vor allem die Gruppe der Hater nicht erreicht werde, diese vielmehr argumentativ weiter „auf-rüste“ und umgekehrt die kommentierenden *Counter Speecher* verspottete. Von daher stellt sich die Frage, ob ein Maßnahmenbündel zu entwickeln sei, indem – wie auf der Gegenseite – mit einander flankierenden, quasi konzertierten Aktivitäten eine positive Beeinflussung der Diskursverläufe und eine Aufhellung des Meinungsklimas erreicht werden könnte.

²⁰ Renate Köcher, Demoskopisches Institut Allensbach, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.08.2018

4. Teil: Die Befunde unserer Erhebung: Zustandsbeschreibungen

4.1 Der Akteurs- und Handlungszusammenhang

Wie im vorigen Teil berichtet, haben mehrere NGOs und Einrichtungen, die sich mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus befassen, ein aufwändiges Monitoring entwickelt. Dies geschah unter dem Eindruck, dass in den Web-Kommentaren fremdenfeindliche Äußerungen nicht nur zunahmten, sondern auch in der Haltung radikaler und im Sprachstil diskriminierender ausfielen. Dabei wurde auch eine Zunahme von Aussagen beobachtet, die vermutlich strafrechtliche Tatbestände erfüllten. Es zeigte sich, dass die Selbstverpflichtung von Facebook vom September 2015, in Deutschland strafbare und gemeldete Hassbeiträge binnen 24 Stunden zu prüfen und gegebenenfalls zu löschen, nur zögerlich umgesetzt wurde. Im Dezember 2015 gründete das Bundesjustizministerium zusammen mit NGOs die Arbeitsgruppe „Gemeinsam gegen Hassbotschaften“; im Januar 2016 initiierte Facebook die europaweite Aktion „Initiative für Zivilcourage Online.“²¹ Diese dient dem Zweck, „dass Kampagnen, die positive Dialoge und Debatten anregen, stärker wahrgenommen werden.“ Dies sollte durch folgende Zielstellungen erreicht werden:²²

1. Online-Unterstützung für europäische Nichtregierungsorganisation und Aktivisten, die Online-Extremismus und Hassrede bekämpfen;
2. Entwicklung wirksamer Vorgehensweisen für gemeinnützige Organisationen und für die Zivilgesellschaft wie auch Individuen, um auf Online-Extremismus und Hassrede zu reagieren;
3. Unterstützung bei der Erforschung der Zusammenhänge zwischen Gesprächen und Diskussion im Internet einerseits und Offline-Aktivitäten andererseits, um besser zu verstehen, wie Gegenreden am effektivsten gestaltet werden können.

Im Sinn und Geist dieser Initiativen sind heute zahlreiche, unterschiedlich positionierte NGO-Unternehmungen aktiv; sie bedienen ein breites Spektrum an Aktivitäten, das vom Aufklärungsunterricht über konkrete Counterspeech-Anleitungen bis zur unerbittlichen Strafverfolgung reicht, zumal seit Inkrafttreten des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) weitere Tatbestände einbezogen werden. Nachfolgend zeigen wir *exemplarisch* die Aktivitäten von 14 der 21 befragten Organisationen nach Maßgabe ihrer Gruppenzugehörigkeit (Aufbau jedes Porträts: Der erste Absatz verwertet die Selbstbeschreibung der Organisation; der zweite Absatz referiert uns gegebene Auskünfte über Organisation und Erfahrungen bei der User-Kommentarbeobachtung bzw. –kontrolle).

²¹ Mitinitianten waren die Amadeu Antonio Stiftung, das Institute of Strategic Dialogue (ISD) und das International Centre for the Study of Radicalisation and Political Violence (ICSR).

²² Quelle: <http://www.kein-mensch-ist-illegal.org/2017/04/25/facebooks-initiative-fuer-zivilcourage-online/>

4.3 Die vier mit den Plattformmedien befassten Akteursgruppen

a.) **Die engagierten Aufklärer**

Amadeu-Antonio-Stiftung (Motto: „Unser Ziel ist die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet“) wurde 1998 auf Initiative von Karl Konrad von der Groeben gegründet und nach Amadeu Antonio Kiowa benannt, einem Todesopfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland kurz nach der Wiedervereinigung 1990. Ihr Schwerpunkt: Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus durch Aktionen (wie: „Rock gegen Rechts“), Dokumentationen, lokale Veranstaltungen, Aufklärungsschriften. Im Juni 2016 gab die Stiftung die viel beachtete Broschüre „Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien“ heraus. Darin werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie man Hassrede im Internet erkennen, melden und anzeigen, aber auch, wie man sich selbst davor schützen kann. Die Organisation wird durch private Spenden, Spendenaufrufe des Magazins *Stern* („Aktion Mut gegen rechte Gewalt“) sowie durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Seit knapp drei Jahren observieren („screenen“) drei Mitarbeiter, die zum internen Projekt „dehate“ gehören, zahlreiche Kommentarspalten auf Plattformmedien, in denen das Thema Ausländer/Migranten/Geflüchtete verhandelt wird (eher unsystematisch, eher okkasionell). Dies sei noch immer ein stark kommentiertes Thema, gefolgt von Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus (diese Themen werden „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ genannt). Ihre Hauptaufgaben umschreiben die Beobachter so: „Herausstellen von trending topics auf Twitter, ausfindig machen von Tätern/Urhebern sowie Multiplikatoren und Influencern, die in dem rechtspopulistischen und –extremen Feld aktiv sind.“ Dabei werden seit zwei Jahren deutliche Tendenzen zum diffamierenden Beschimpfen knapp unterhalb der strafrechtsrelevanten Schwelle („die haben gelernt, was geht und was nicht mehr geht“) beobachtet.

Ichbinhier, gem. Verein geht zurück auf eine 2016 gegründete, geschlossene Facebook-Gruppe (#ichbinhier) mit derzeit rund 35.000 Mitgliedern. Selbstdeklaration: „(Wir) möchten Nutzer*innen Sozialer Netzwerke, Medienvertreter*innen und politische Entscheidungsträger*innen für das Thema Hass im Netz sensibilisieren. Wir klären auf über die Ursachen von Hassrede, ihre Verbreitung und ihre Auswirkungen. Wir unterstützen Menschen und Institutionen in allen Bereichen der Gesellschaft darin, sich gegen digitale Angriffe zu wappnen (...).“ Die Gruppenmitglieder machen sich gegenseitig auf Beiträge und Kommentare, die Hassrede enthalten, aufmerksam. Man schreibt dann selbst Gegenkommentare, um destruktive Aussagen zu entkräften. Man achtet auf Höflichkeit, Sachlichkeit und Belegbarkeit der Argumente. Die Gegenkommentare von Vereinsmitgliedern tragen oft den Hashtag #ichbinhier an der Kommentarspitze. 2017 wurde die Gruppe mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet, Jury-Begründung: „Hier steht der Dienst an der Gesellschaft im

Vordergrund: Alle, die den Hashtag konstruktiv nutzen, setzen sich aktiv für eine bessere Diskussionskultur und gegen Hass und Hetze im Netz ein.“

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Ein Team von circa 15 Personen (nur zuständig für KS) arbeitet nach Absprache täglich von 7 Uhr bis 23 Uhr; die Teammitglieder werden in Zwei-Stunden-Phasen eingeteilt und checken vor allem solche Plattformangebote, die mehr als hunderttausend Follower haben, sowie Medienseiten der Newsmedien *Spiegel, Bild, Welt, Tagesschau, ZDF heute*. Ein besonderes Augenmerk gilt auch Personen des öffentlichen Lebens, wenn sie Objekt eines mutmaßlich koordinierten Shitstorms werden. Wenn ein Checker auf „unsachliche, pauschale Äußerungen sowie Menschenfeindlichkeit oder Angriffe auf Menschengruppen und Desinformationen“ stößt, wird eine „Aktion“ durchgeführt (meist: Counter Speech in Form versachlichender Entgegnungen oder Richtigstellungen in der fraglichen Kommentarspalte nach Gutdünken des Akteurs). Im Durchschnitt sind es drei bis sechs Aktionen pro Tag; seit 2017 wurden insg. etwa 2.500 solcher Aktionen umgesetzt. Für diese gibt es keine internen Richtlinien; handlungsentscheidend ist der diskriminierende oder diffamierende Inhalt des Posts, sofern er als „Hetze“ wahrgenommen wird. Aus Sicht der Checker evozieren Berichte über Seenotrettungen am häufigsten Hasskommentare, gefolgt von sogenannter Ausländerkriminalität, gefolgt von Beiträgen zum Klimawandel.

Das No Hate Speech Movement nennt sich "Die Bewegung für eine hass-freie Sprache im Internet" und gehört zu der 2013 vom Europarat initiierten Initiative *No Hate Speech Movement*; es wird in Deutschland seit 2016 – als Reaktion auf die Silvesternacht von Köln – vom Verein *Neue deutsche Medienmacher e. V.* betreut und als Netzwerk weiter entwickelt. Zum Beirat gehören das Familienministerium, das Auswärtige Amt, der Deutsche Journalistenverband sowie weitere Verbände und private Stiftungen. Schwerpunkt der Tätigkeit gilt der Aufklärung und Ermutigung im Umgang mit Hassbotschaften; mit plakativ gestalteten Tools - Beispiel: <https://no-hate-speech.de/de/> - und Videos auf YouTube sollen vor allem junge Menschen erreicht und zu respektvollem Kommentieren angehalten werden. Die Kampagne richtet sich ihrer Selbstbeschreibung zufolge verstärkt „an zivilgesellschaftliche Organisationen, aber auch an politische Akteure und Aktivisten“. Seit 2017 „sind auch Journalisten im Beruf und in der Ausbildung eine wichtige Zielgruppe“.

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Das Movement ist auf den Online-Plattformen Twitter, YouTube, Instagram und Facebook aktiv. Seit Herbst 2016 werden während mehrerer Stunden pro Tag eher unsystematisch vor allem Kommentare auf *Facebook, YouTube* und vor allem *Twitter* gecheckt (auf Instagram gibt es weniger Hasskommentare, allerdings mit steigender Tendenz). Das Team besteht aus drei Checkern; sie erklären den Trend weg von Facebook damit, dass rechte Netzwerke wie auch islamistische Gruppen verstärkt auf Instagram oder Snapchat aktiv sind, weil sie so die inzwischen strengeren Kontrollen bei Facebook und YouTube umgehen. Fündig werde man auch „auf kleineren Portalen und auf einschlägigen Medienseiten.“ Ob der Umfang an Hate Speeches zugenommen hat, sei schwer zu sagen, weil auch kritisch eingestellte Beobachter heute aufmerksamer seien. Es gebe allerdings auch Abstumpfungen, indem krasse Formulierungen, die noch vor drei

Jahren schockiert hätten, heute oftmals hingenommen würden. Hassbotschaften seien heute stärker „eventgesteuert“. Die Checker nutzen als Orientierungs- und Entscheidungshilfe einen internen *Social Media Guide*, der 2016 erstellt und wiederholt aktualisiert worden ist. Ziel der Arbeit soll sein, dass die fraglichen Medien die identifizierten Hasskommentare unlesbar machen oder löschen. Die Hass-Intensität in Bezug auf Geflüchtete erscheint den Checkern seit Ende 2015 als unvermindert; selbst banale Begebenheiten „pusht“ die Zahl der Hasskommentare nach oben. Ebenfalls intensive Hasskommentare evozieren Feminismus, neuestens auch Berichte über (weibliche) Akteure im Zusammenhang mit Klimaschutz.

LOVE-Storm – gemeinsam gegen Hass ist eine lokale Initiative (derzeit 526 Mitglieder) einer Öko-Gruppe in Lüchow/Wendland („grüne Werkstatt“), zu der als Trägerverein der „Bund für Soziale Verteidigung e.V.“ gehört. Sie nennt als Hauptziele: „Angegriffenen den Rücken stärken und sie solidarisch unterstützen; Zuschauende aktivieren, sich gegen Hass zu äußern; Angreifenden gewaltfrei Grenzen setzen“. Demgemäß spricht die Initiative auf ihrer Webseite Hilfesuchende an: „Auf LOVE-Storm kannst Du Gegenrede online trainieren, an Aktionen gegen Hass im Netz teilnehmen, Hasskommentare melden und Dich mit anderen Aktiven austauschen. Die Angegriffenen werden geschützt, Zuschauende zur Zivilcourage ermutigt und den Angreifenden werden gewaltfrei Grenzen gesetzt. Gemeinsam stoppen wir den Hass im Netz!“ Sie unterhält seit 2019 einen Meldedienst für „Hassvorfälle“, bietet kostenfreie Online-Trainings (Beispiel: „Antisemitismus im Netz widersprechen“ im Oktober 2019) sowie Workshops und ermuntert zum Gegenreden („Starte deinen Love-Storm“).

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Das Team besteht überwiegend aus freien Mitarbeitern. Teils werden diskriminierende Kommentare gemeldet, teils werden vom Team welche gefunden (okkasionell); pro Woche werden etwa fünf Fälle bearbeitet. Wird ein Hasskommentar identifiziert, werden Mitglieder ermuntert, Counter-Speech zu betreiben. Kommentare, die strafrechtlich relevant sein könnten (Aufruf zu Gewalt, Volksverhetzung), werden an die Meldestelle des Vereins *!Respect* weitergeleitet²³; wer psychische Unterstützung benötigt, wird an *Hate-Aid* verwiesen. Aus Sicht der Beobachter dient die Bundeskanzlerin noch immer als Anlass für Hass-Postings; insgesamt seien Hasskommentare heute weniger sichtbar, weil sie auf Plattformen und den Newsmedien häufiger gelöscht würden. Dies gelte auch für die Webseiten der Seenoehlfen-NGOs. Thematisch verschiebe sich die Hasswelle allmählich zu Klimathemen, so die Beobachtung, und zu Genderthemen, etwa in Bezug auf Äußerungen emanzipierter Frauen oder zur Rolle von Frauen in den zuvor von Männern besetzten Domänen (Beispiel Frauenfußball, Fußball-ReporterIn, Kapitänin).

b.) Die intermediären Beobachter/Kontrolleure

Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia Diensteanbieter FSM ist seit 2005 als Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle durch die Kommission für Jugendmedienschutz KJM anerkannt. Mitglieder des Vereins können sich an dem im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag JMStV

²³ *!Respect e.V.* wurde im Frühjahr 2016 gegründet. Der gemeinnützige Verein hat seinen Sitz in Hannover. Zweck des Vereins ist die Förderung der Jugendhilfe, der Erziehung und Bildung sowie der Kriminalprävention.

vorgesehenen „Modell der regulierten Selbstregulierung“ beteiligen. Zum Tätigkeitsbereich zählt – in Kooperation mit dem EU-Monitoring (mit anderen Beschwerdestellen) und dem Branchenverband *eco e.V.* – vor allem die Bearbeitung von Beschwerden über strafbare oder jugendgefährdende Inhalte im Bereich des Jugendmedienschutzes.

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Drei Juristinnen (täglich eine Person) bearbeiten Beschwerden vor allem gegen Seitenanbieter auf Plattformen, von denen die meisten Verbandsmitglieder sind. Dazu wird die Urheber-URL ermittelt und geprüft, ob Rechtsverstöße vorliegen. Wenn ja, wird das Mitgliedsunternehmen zur Löschung veranlasst. Bei anderen Verstößen wird der Server-Standort ermittelt und an das BKA oder das zuständige Bundesland geleitet. Zudem wird vorsorglich der Betreiber zur Löschung aufgefordert. Die Zahl der Beschwerden steigt kontinuierlich; im Jahr 2011 waren es 1740, sieben Jahre später 6733 Beschwerden (ca. 40 Beschwerden pro Tag), die überwiegend jugendgefährdend sind und/oder pornografischen Inhalt betreffen. Unser Thema: Beschwerden zum Komplex Rechtsradikalismus/Volksverhetzung machten dem FSM-Jahresbericht 2018 zufolge nur 2 Prozent des Beschwerdeaufkommens aus; den Straftatbestand der Volksverhetzung betrafen weniger als 1 Prozent. Vom Ingesamt der Beschwerden erwiesen sich 29 Prozent als unbegründet. Allerdings sei hier die Grenzziehung nicht einfach, sehr viele Kommentare bewegten sich noch gerade unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit, vor allem in Bezug auf Volksverhetzung. Dies betreffe am häufigsten Äußerungen über Geflüchtete sowie die Holocaust-Leugnung.

eco Verband der Internetwirtschaft e.V. wurde 1995 gegründet. Der Verband versteht sich als Interessenvertretung der Internetwirtschaft; er soll Technologien fördern, Rahmenbedingungen gestalten und „die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in nationalen sowie internationalen Gremien vertreten“. Mit über 1.000 Mitgliedsunternehmen ist *eco* der größte Verband der Internetwirtschaft in Europa. Die Organisation ist in Bezug auf die Netzkontrolle nicht aktiv, sondern nimmt Beschwerden zum Anlass für strafrechtliche Überprüfungen. Hierfür hat der Verband eine Beschwerdestelle eingerichtet. Diese folgt der Diktion „Löschen statt Sperren: Selbstregulierung statt Internetzensur“.

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Insg. sieben Mitarbeiter prüfen im Schichtdienst die gemeldeten Posts auf rechtswidrige Inhalte; dabei handelt es sich überwiegend um Darstellungen von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern (nach §184 StGB); diese machen ein Vielfaches gegenüber Beschwerden wegen Rassismus aus (Verhältnis 40:1). Das Juristenteam prüft, ob der gemeldete Inhalt tatsächlich rechtswidrig ist und ergreift entsprechende Maßnahmen, damit der Inhalt entfernt wird. Strafbare Inhalte würden konsequent bei den Strafverfolgungsbehörden angezeigt. Dem Jahresbericht 2018 zufolge stieg das generelle Beschwerdeaufkommen weiter an (um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr); von diesen erwiesen sich rund 34% als berechtigt (d. h. ein Rechtsverstoß wurde festgestellt). Die öffentlich zugänglichen Seitenanbieter auf Plattformen – überwiegend auf Facebook und YouTube – seien nur zu einem relativ geringen Anteil betroffen. Allerdings steige auch hier die Zahl der Beschwerden. Im laufenden Jahr (drei Quartale) seien bereits 8.600 Beschwerden eingegangen, davon voraussichtlich rund 3.000 begründete. Was

unser Thema Hate Speech/Migration/Rassismus betreffe, so gebe es auch hier einen Anstieg, wobei die Zahl der *begründeten* Beschwerden kaum steige. Dies wird mit der zunehmenden Sensibilität vieler User gegenüber Fremdenhass/Rassismus erklärt. Im Übrigen sei die Strafbarkeitsschwelle bei Volksverhetzung recht hoch, deshalb blieben viele rassistische Äußerungen straffrei. „Die meisten Beschwerdeführer haben ja recht, dass der Inhalt rassistisch ist. Aber deswegen ist er nach unserem Strafrecht noch nicht rechtswidrig.“ Dieser Sachverhalt spiegelt sich an den Zahlen des Jahres 2018: Rund 92% der Beschwerden zu diesem Tatbestand wurden als unbegründet taxiert. In Deutschland folgen rund vier von fünf Seitenbetreibern bzw. Aggregatoren der Aufforderung von *eco*, den monierten rassistischen Inhalt zu löschen. Unsere Auskunftsperson ergänzt: „Volksverhetzende oder andere rassistische Inhalte [sind] nicht weltweit gleichermaßen geächtet. Dennoch, wenn die Hostprovider von dem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt wurden, konnte mit rund zwei Drittel der Fälle ein Erfolg (=Abhilfe) verzeichnet werden.“ Wobei die Hostprovider „zumeist aufgrund der geltenden Rechtslage oder aufgrund der eigenen AGB entsprechende Maßnahmen ergriffen hatten“ (Jahresbericht 2018:27). Aufschlussreich ist, dass *eco* mit dem Löschbegehren von rassistischen Inhalten auf Blogseiten, die bei *Wordpress* in den USA gehostet sind, keine guten Erfahrungen macht. Kommentar: „Die halten dort die Meinungsfreiheit sehr, sehr hoch“.

Landesamt für Medien Nordrhein Westfalen (LfM) kümmert sich – wie andere Landesmedienanstalten auch – als Aufsichtsinstanz für den privaten Rundfunk unter anderem um die Förderung der Medienkompetenz sowie um Fragen des Jugendschutzes im Internet. Sie kooperiert und fördert auch *klicksafe*, eine EU-Initiative für mehr Informationskompetenz und Sicherheit im Onlinenetz. 2017 wurde das erwähnte Kooperationsprojekt „Verfolgen statt Löschen“ geschaffen.

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Seit April 2018 werden Soziale Netzwerke, Webseiten klassischer Anbieter und Blogs einem Monitoring unterzogen (je nach Themenlage 8 bis 15 Stunden/Woche durch studentische Hilfskräfte). Aussagen mit mutmaßlich rechtswidrigen Inhalten werden identifiziert, dann analysiert. Bei strafrechtlich prekären Inhalten werden "Dossiers" mit URL, Screenshot, Kontext, Urheber usw. erstellt und einem der Referenten der LfM vorgelegt. Folgt dieser der Einschätzung der Rechercheure, wird das Dossier an die Staatsanwaltschaft Köln weitergegeben. Seit April 2018 wurden 682 „verdächtige“ Fälle recherchiert (Profile mit Postings, Websites, Blogs mit Kommentarverläufen); davon zeigten 376 „strafrechtlich relevante Inhalte“; meist ging es im Zusammenhang mit Geflüchteten, Migranten und Asylbewerber um den Tatbestand der Volksverhetzung. „Betrifft es ein Posting auf Facebook, so vollzieht man dort das Löschbegehren anstandslos“. Die Researcher beobachten im Übrigen eine Gabelung: Die erregten und empörten Einzeltäter finde man weiterhin auf den klassischen Plattformen (Facebook, YouTube, Twitter), doch „die richtigen Hater“ seien abgewandert insb. zu vk.com (russisches Pendant zu Facebook); „offenbar haben die gemerkt, dass Facebook und YouTube inzwischen strengere Regeln anwenden“.

c.) Die Strafverfolger

Das Bundesministerium des Innern dokumentiert in seinen Jahresberichten unter „Hasskriminalität“ vornehmlich „fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten“. Unter diesem Sammelbegriff werden seit 1. Januar 2017 „Hasspostings“ erfasst. Laut der im Jahresbericht gezeigten Statistik wurden im Jahr 2017 2.270, im Folgejahr 2018 nur mehr 1.472 Straftaten registriert. Davon wurden 1.130 (77%) Delikte rechten und rechtsradikalen Gruppen zugeordnet, 126 (9%) linksextremen Gruppen, 94 (6%) der Taten „ausländischer oder religiöser Ideologie“ angelastet; die restlichen 122 (9%) Hasstaten wurden unter „sonstiges“ verbucht. Eine Interpretation der Daten wird nicht versucht [Unsere Anfrage um nähere Auskünfte blieb unbeantwortet]. Für das Bundeskriminalamt „ist der Rückgang der Fallzahlen bei den Hasspostings eine positive Entwicklung. Um diese fortsetzen zu können, sind auch künftig operative wie präventive Projekte des Bundes, der Länder und auch nichtstaatlicher Organisationen (NGOs) erforderlich, um Hass im Netz wirkungsvoll entgegenzutreten.“²⁴

Das Bundesjustizamt befasst sich mit rechtswidrigen Inhalten im Web nach Maßgabe des Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG). Ein Verfahren wird dann eingeleitet, wenn ein Anfangsverdacht nach Maßgabe der NetzDG-Bestimmungen vorliegt.²⁵

Schriftliche Auskünfte im Rahmen unserer Enquete: Wird dem BfJ ein rechtswidriger Inhalt gemeldet, erfolgt Mitteilung an die zuständige Strafverfolgungsbehörde, sofern nicht bereits Strafanzeige gestellt wurde oder der Strafverfolgung erkennbar ein Hindernis entgegensteht. Dies im Unterschied zu etwaigen Bußgeldverfahren gegen soziale Netzwerke (SN), denn diese Verfahren werden vom BfJ durchgeführt. Wendet sich ein Nutzer an das BfJ, weil ein SN (Aggregator, M.H.) seiner Beschwerde wg. rechtswidrigen Inhalts nicht nachkam, wird eine tatsächliche und rechtliche Prüfung durchgeführt, insbesondere, ob im Zusammenhang mit dieser Beschwerde ein systemisches Versagen vorliegt, was eine bußgeldbewehrte Ordnungswidrigkeit gem. NetzDG bedeutet. Systemisches Versagen heißt, dass es zu wiederholten Verstößen gegen das Beschwerdemanagement des Betreibers kam.

Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt hat seit 2019 einen Hauptverantwortlichen für Hate Speech in der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (seit 2012 generell für Cybercrime zuständig). Ausgangspunkt sind Strafanzeigen, aber auch Meldungen von Medienunternehmen, Anwaltskanzleien und Initiativen wie *Hate-Aid* wie auch Staatsanwaltschaften anderer Bundesländer. Dabei geht es um die rechtliche Einschätzung der Kommentare/Posts, die Identifizierung Tatverdächtiger sowie die Strafverfolgung bei "bedeutenden" Ermittlungsverfahren.

²⁴https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2019/Presse2019/190606_AktionstagHasspostings.html

²⁵ Aggregatoren sozialer Netzwerke wie *Facebook*, *Twitter* und *YouTube* müssen „offensichtlich rechtswidrige Inhalte innerhalb von 24 Stunden“ nach Eingang einer Beschwerde löschen oder sperren (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG). Bei komplexeren Fällen soll in der Regel eine Sieben-Tages-Frist gelten, um über eine Löschung oder Sperrung zu entscheiden (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG). In besonderen Fällen (wie: Prüfung von Rechtfertigungsgründen) kann die Frist verlängert werden.

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Das Team „Hate Speech“ wird seit Jahresbeginn aufgrund der neu geschaffenen Kooperation „Zivilgesellschaft“ (d.h. mit nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere mit Medienbetreibern und Web-Watch-Initiativen) als „Single Point of Contact“ mit Meldungen zu „besonders schwerwiegenden oder besonders umfangreichen Fällen“ beschickt, beispielsweise massenhaft hetzerische Äußerungen im Zusammenhang mit dem Mordfall Walter Lübcke. Das Team prüft und ermittelt die Urheber in der Funktion der "Identifizierungs-Staatsanwaltschaft", d.h. unabhängig von örtlichen Zuständigkeiten. Einzelfälle sowie Täter aus anderen Bundesländern werden an örtliche Staatsanwaltschaften in Hessen oder anderen Bundesländern abgegeben; größere „Rahmenverfahren“ werden hier bearbeitet. In den erwähnten Rahmenverfahren (z.B. der Fall zum Mord Walter Lübckes) wurden schon „mehrere zehntausend Kommentare“ überprüft. Über die Zahl angezeigter Hassposts wird keine Statistik geführt; von daher können auch keine Daten über deren Entwicklung genannt werden [die dafür zuständigen Polizeibehörden gaben uns im Rahmen des gesetzten Redaktionsschlusses keine Auskünfte]. „Gefühlsmäßig“ aber glaube er eher an eine Zunahme der Fälle.

Die ZAC Staatsanwaltschaft Köln besitzt seit Februar 2018 (NetzDG) ein Sonderdezernat „Hate Speech“. Der zuständige Staatsanwalt des Sonderdezernats gehört zur Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC NRW), die das Projekt "Verfolgen statt nur löschen" mitträgt. Das Dezernat verfügt über zwei Vollstellen. Ausgangspunkt (Anlass) sind meist Meldungen von Medienunternehmen oder vom Bundesamt für Justiz (nach Maßgabe des NetzDG) sowie Anzeigen von Personen des öffentlichen Lebens.

Auskünfte im Rahmen unserer Befragung: Um die Kooperation mit den Medienunternehmen in Gang zu bringen, wurden die Redaktionen über rechtsrelevante Formulierungen in Hasspostings aufgeklärt. Seither können die Medienhäuser verdächtige Kommentare „mit einem einfachen digitalen Verfahren“ der Ansprechstelle zuleiten. Dort findet zunächst eine rechtliche Einschätzung statt; gibt es zum gemeldeten Kommentar/Posting einen Anfangsverdacht, wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, vor allem, wenn es um „herausgehobene Taten politisch motivierter Hasskriminalität im Internet“ geht (= Hass gegen Personen des öffentlichen Lebens). Seit Februar 2018 wurden rund 700 Fälle bearbeitet (ein „Fall“ betrifft alle Posts/Kommentare des einen Urhebers; ein Fall kann auch mal 8 bis 10 Posts/Kommentare umfassen). Die Gesamtzahl aller im Rahmen der 700 Fälle überprüften Kommentare liege "deutlich im vierstelligen Bereich". Die überwiegende Zahl der inkriminierten Posts komme „aus dem rechten und rechtsextremen Spektrum“ und betreffe noch immer überwiegend die „Flüchtlingsdebatte“, selbst wenn das Anlassthema ein völlig anderes sei.

d.) Die Betreiber der Online-Newsmedien (*Auskünfte im Rahmen unserer Befragung*)

Bild.de ist die reichweitestärkste Online- Newsmedium. Es bündelt die Kontrolle der Kommentarspalten im Ressort "Neue Plattformen". Sein Zuständigkeitsbereich umfasst Kommentare auf Facebook, Instagram und Youtube (auf der Webseite von Bild.de gibt es unter den Artikeln keine Kommentiermöglichkeit).

Arbeitsorganisation: Erste Stufe des Screening mit einer auf die Bild-Zeitung zugeschnittenen Software (sog. Bots), d.h. die Redaktion setzt sog. Buzzwords auf ihre „Blacklist“. Nach diesen werden alle eingehenden Posts abgesucht. Zweite Stufe: Das zusätzliche Screening (auch in Zweifelsfällen) besorgen zwei Redakteure 40 Stunden pro Woche (einer im Früh-, einer im Spätdienst zu jeweils acht Stunden) und drei studentisch besetzte Dienste täglich. Zudem gibt es einen „Instagramdienst“, einen „Youtubedienst“, einen „Kommentardienst“. Das heißt: Zeitgleich sind bis zu drei Personen mit der Prüfung von Userkommentaren beschäftigt.

Volumen: Auf Facebook werden drei große Seiten („Hauptfacebookpages“) aktiv betrieben; dort sind täglich ca. 150 Kommentarspalten geöffnet. Wenigen Stunden nach Veröffentlichung treffen pro Kommentarspalte mehrere hundert Kommentare ein, insgesamt also ein Kommentarvolumen pro Tag im fünfstelligen Bereich, pro Woche ca. 200.000.

Selektion: Rund 25% des Volumens enthalten Beleidigungen und Beschimpfungen und werden von der Software aussortiert (d. h. für User unlesbar gemacht). Zu Bild auf Facebook hinzu kommen Fanpages und weitere Seiten, auf denen aktiv Inhalte verteilt werden. Auf Youtube werden auf dem Hauptaccount meist drei Videos pro Tag veröffentlicht mit vergleichsweise geringerer Kommentierung. Explizite Gewaltäußerungen seien inzwischen selten. Es bestehe reger Kontakt zur Rechtsabteilung, um Zweifelsfälle zu prüfen; die meisten Zweifelsfälle seien jedoch nicht justiziabel.

Focus Online hat ein „Community Management“, das für Focus auf den Social Media und für die Redaktionswebseite zuständig ist (alle Artikel, die auf der Seite erscheinen, sind kommentierbar) und sich um das Freischalten oder Löschen von Kommentaren, auch um die Beantwortung von Nutzer-Anfragen kümmert.

Arbeitsorganisation: Das Management arbeitet im Schichtdienst mit einer Besetzung von 3 bis 4 Personen pro Schicht. Die Kommentarkontrolle verläuft zweistufig: Das Content-Management-System (eine Software) wird mit Buzzwords von der Redaktion „gefüttert“. Die Posts, die das System unbeanstandet passiert haben, werden vom Community Manager gecheckt, dann erst freigegeben. Von redaktioneller Seite werden die Kommentarverläufe aber nicht aktiv moderiert.

Volumen: Täglich werden rund 5.000 Kommentare im Team gecheckt; die Intensität ist nicht nur themenabhängig, sondern wird auch von der Gewichtung bestimmt, die die Redaktion den Themen durch Platzierung und Aufmachung der Berichte gibt (insb. Spitzenplatz).

Selektion: im Durchschnitt werden 10 bis 20% aller Kommentare ausgefiltert und gelöscht. Dies ist jedoch themenabhängig; bei umstrittenen Großthemen kann die Löschquote auf 40 bis 50 % steigen. Gewaltphantasien werden nur sehr selten geäußert. Dies hängt aus Sicht der Befragten wohl auch damit zusammen, dass jeder User vor dem Kommentieren seinen vollen Namen und seine E-Mailadresse angeben muss; die Redaktion sichert Anonymität zu, kennt aber die Urheber und sperrt auch gelegentlich auffällige „Wiederholungstäter“.

Spiegel online hat – ähnlich wie Focus – für die Bereiche Social Media und Leserdialog ein Management. Es betreut die Kommentarspalten auf der eigenen Webseite und auf den SPON-Seiten in den sozialen Netzwerken. Die Prüfung der eingehenden Posts läuft auch

beim Spiegel zweistufig: Für die Vorfilterung der Kommentare ist eine Software im Einsatz (sie checkt Satzbausteine und Buzzwords). Dieses Tool filtert Kommentare nach drei Kategorien: (1) "sichtbar"(2) "to review"(3) "verborgen". Rund zwei Drittel aller Kommentare betreffen konfliktthaltige Themen (insb. Klima, Migration, Flüchtlingspolitik).

Arbeitsorganisation: Der diensthabende Social Media-Redakteur ist für die Kommentare zuständig; er wird von einer Aushilfe unterstützt, die „schwerpunktmäßig Kommentare anschaut und filtert“ (Umfang: 2 Tage in der Woche, insg. 8 Stunden). Die zuständigen Redakteure schauen sich in der Regel die gesamte Kommentarspalte an bzw. den Debattenverlauf und entscheiden, ob mit einem Monitoring eingegriffen werden soll.

Volumen: Auf Facebook sind täglich etwa 30-35 KS geöffnet, auf Instagram meist 2 bis 4 KS. Allein auf Facebook treffen täglich bis zu 10.000 Posts ein; davon müssen 30 bis 40% gelesen werden, die anderen sind der Prüfsoftware zufolge problemlos (die freigegebenen Kommentare werden von 7 bis 23 Uhr im Halbstundentakt freigeschaltet).

Selektion: Die Filterung durch die Software kann variieren und je nach Thematik angepasst werden; bei Themen, die mit Migration und Rechtsextremismus zu tun haben, wird strenger ausgefiltert. Auch In Bezug auf Facebook ist das Monitoring strenger als auf Instagram, Twitter, Snapchat. Über den Anteil der maschinell ausgefilterten bzw. gelöschten Kommentare können keine Angaben gemacht werden. Die manuelle Überprüfung dient auch dem Faktencheck, den die Software nicht leisten kann: „Wenn ein Account immer mal wieder Desinformationen in unsere Kanäle streut, wird er gesperrt, egal, ob das ein Bot ist oder ein Nutzer mit fünf Profilen.“

Welt online hat ebenfalls die Zuständigkeit für die Ressorts „Community“ (KS auf welt.de) und „Social“ (Facebook und Instagram) gebündelt. Zu den Aufgaben zählen das Checken von Kommentaren, das Moderieren von Kommentarspalten und die Beantwortung von Nutzeranfragen. Die Kommentarspalte jedes Artikels ist stets während einer Woche nach Erscheinen offen.

Arbeitsorganisation: Mehrere Redakteure sind ganztätig mit dem Monitoring der KS beschäftigt. Im Durchschnitt checkt ein Redakteur 200 Kommentare pro Stunde, der Spitzenwert eines Kollegen erreichte 500 Kommentare. In der Redaktion von welt.de werden von den Administratoren alle Kommentare zweistufig gecheckt. Zuerst werden sie von der computerlinguistischen Software (für die Webseiten von welt.de seit 2017) i. S. der Vorfilterung geprüft; zu diesem Check zählt auch die Historie des Users. Für Facebook ist eine andere Software (entsprechend der dortigen Logik mit Verbergungsfunktion) zuständig als für die Webseite. Die Software filtert nach Maßgabe der von der Redaktion festgelegten Buzzwords. Aussortierte Kommentare (Blacklist) werden nicht veröffentlicht. Kommentare, die der Algorithmus als fraglich markiert, werden von den zuständigen Administratoren überprüft.

Volumen: An Werktagen treffen pro Tag rund 21.000 Kommentare ein (am Wochenende ist das Kommentaraufkommen niedriger); an Spitzentagen mit kontroversen Themen steigt die Zahl auf fast 35.000, Tiefstwerte liegen etwa bei 15.000 (Die Werte wurden für das Jahr 2019 errechnet). Diese Kommentare beziehen sich auf rund 300 bis 400 redaktionelle Artikel (täglich erscheinen circa 120 neue Artikel) sowie auf täglich circa 40 neue Texte auf

Facebook und 5 Inhalte ("Kacheln") auf Instagram, die allesamt kommentiert werden können. In der Datenbank von welt.de wurden im Zeitraum von Mitte 2017 bis Ende September 2019 rund 14 Millionen Leserkommentare abgespeichert; dies entspricht einem tagtäglichen Input von rund 30.000 User-Kommentaren.

Selektion: Der Anteil der von der Software eliminierten Kommentare ist stark themenabhängig und von den Befragten nur schwer quantifizierbar. Der Anteil an sogenannten "toxischen Kommentaren" (d. h. die Diskussion vergiftend) schwankt in Abhängigkeit der Themen von minimal 20% bis maximal 80% der Eingänge. Äußerungen, die Gewaltphantasien enthalten, werden von der Software herausgefiltert. Über Moderation kann der Kommentarverlauf beeinflusst werden. Zu der neu eingesetzten Methode, die Anreize für ein gutes Diskussionsklima schaffen soll, zählt zum Beispiel die beispielgebende Auszeichnung, indem die Redaktion bemerkenswerte, auch im Ton fair verfasste Kommentare auf der Homepage der Zeitung „anpinnt“ (heraushebt).

5. Teil: Die Befunde unserer Erhebung: Antworten auf die mit dem Auftrag gestellten Problemfragen

5.1 Wie wird von Usern/Lesern in den Kommentaren der untersuchten Onlinemedien und Plattformen das Thema "Integration" im Kontext von Flucht und Migration artikuliert?

Antwort: In den **vier Onlinemedien** wird das Thema Integration in Kommentaren meist indirekt im Zusammenhang mit konflikthaltigen Ereignissen oder mit Prominenten mit Migrationshintergrund (als Trigger) angesprochen. Als Beispiel wird der Fall Mezut Özil/Erdogan genannt (welt.de): Dieser Fall habe nicht nur polarisiert, sondern auch ein Pro und Kontra ausgelöst. Bei derart konkreten, personalisierten Anlässen liefern Kommentare nicht nur Ansichten, sondern mitunter auch eigene Erfahrungen, positive wie negative (focus.de). Wenn indessen ein Artikel explizit über Integration etwa anhand eines „rundum geglückten Falls“ erzählt (Muster: „Der Bäcker findet keinen Azubi, aber einen jungen Geflüchteten aus Syrien; der hat richtig Bock zu arbeiten, macht die Lehre und ist richtig beliebt im Ort und so“), kommen hämische Posts („die bezweifeln den Wahrheitsgehalt“) und ziehen über den Fall her (bild.de). Überwiegend werde, wenn es um kritische Vorgänge im Zusammenhang mit Integration geht (z.B. Beschäftigung und Sozialhilfe), durchgängig etwa so argumentiert: „Wer in unserem Land ist, soll sich gefälligst an unsere Regeln halten und unsere Sprache sprechen“ (welt.de, bild.de, sinngleich spiegel.de). Es gibt aber auch immer wieder Nutzer, „die mit vernünftigen Argumenten kommen und sagen: also ich hab andere Erfahrungen gemacht“ (spiegel.de). „Realistisch erzählte Geschichten über gelungene Integration bringen mehr positive Kommentare als eine über misslungene Integration“ (welt.de). Innerhalb der KS lösen Kolportagen (Geschichten vom Hörensagen nach dem Muster: „Mein Schwippchwager hat erzählt, dass in seinem Dorf der Kneipenwirt gesagt hat, dass ...usw.“) meist

eine negative Dynamik aus (welt.de), weil Gegenkommentare giftig reagieren, was zu einer Eskalation und dann zu Kommentarlöschungen führt (focus.de, welt.de).

Aus Sicht der **sechs Anti-Hate-NGOs** produzieren lokale Einrichtungen mitunter Nachrichten, die unter vielen Lesern Wut und Ärger auslösen, zum Beispiel, wenn angeregt wird, in den Kitas auf Schweinefleisch zu verzichten oder wenn der „Weihnachtsmarkt“ nun „Wintermarkt“ genannt werden soll. Es seien oft integrationsfördernd gemeinte, aber naiv gedachte Aktionen, die das Gegenteil bewirken, weil sie den rechtsnationalen Kampagnen Munition liefern (ichbinhier). Hilfreich sei die differenzierte Sicht in Medienberichten („alle über den einen Kamm scheren macht keinen Sinn“), etwa über Anpassungsprobleme von Migranten in die Arbeitswelt; entsprechend werde auch differenzierter kommentiert (LoveStorm). Einige Issues vergangener Jahre sind bei manchen Nutzern noch immer präsent und würden bei jeder Gelegenheit wiederholt, zum Beispiel, dass der Islam wohl nicht nach Deutschland gehöre; gemeint wird damit: dass er mit den westlichen Werten der Demokratie und individueller Selbstbestimmung kaum vereinbar sei (nohatespeech-movement). Als großes Tabuthema in den Medien wird die „sexuelle Komponente“ genannt; in vielen User-Kommentaren werde unterstellt, dass Muslime die Frauen missachten, in ihnen nur ein Sexualobjekt sähen, keine Sexuaufklärung kennten usw. Indem die Medien über diese Problematik nur bei strafrechtlich markanten Fällen berichteten, sähen sich die Kommentarschreiber in ihrem Vorurteil bestätigt (amandeu-a.).

Problematisch, so der Eindruck der **intermediären Beobachter** (die allerdings als Beschwerdestellen nur mit verdächtigen Kommentaren zutun haben), sei die Neigung vieler Kommentarschreiber, Einzelfälle und singuläre Ereignisse zu verallgemeinern („die Flüchtlinge“, „die“ Medien, „die“ Regierung usw.); sie brächten damit zum Ausdruck, dass die Integration scheitere oder scheitern müsse (eco). Viele nutzten einzelne Medienberichte über ein Vorkommnis, um ihr Vorurteil auszubreiten. Insbesondere, wenn über Sozialleistungen berichtet werde, sähen sich viele Kommentarschreiber als Vertreter der Benachteiligten (LmAHH und LmATü). In vielen Kommentaren werde der Flüchtling (Schutzgrund: Krieg, Elend) ersetzt durch den Wirtschaftsmigranten, der es auf unser Sozialsystem abgesehen habe – Beobachtungen, die auf das Mittel der sachlich klarstellenden Gegenrede verweisen.

5.2 Welche Sprechakte treten im Kontext von Diskriminierung, Anfeindung und verbaler Gewalt in welchen Medien auf und wie gehen die Medien damit um?

Antwort: Die in den vergangenen zwei, drei Jahren umgesetzten Neuerungen und Maßnahmen – die Übereinkunft mit Facebook, das NetzDG, die Neuorganisation mehrerer Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf Hate Speech, das kuratierende Monitoring durch NGOs, der Aufbau von Beschwerdeinstanzen bei den Intermediären – haben zu einem deutlich veränderten Kommentarverhalten geführt. Diese Veränderung wurde verstärkt durch ein rigides **Kommentar-Management** in den großen Newsmedien-Redaktionen. Zusammengefasst haben diese Maßnahmen dazu geführt, dass Sprechakte, die Gewalt und Rassismus antizipieren, auf den Seiten der öffentlichen Plattformmedien praktisch nicht publiziert werden. Die in den Redaktionen installierten Retrievals filtern nach Maßgabe entsprechender Wörter

und Syntaxregeln den überwiegenden Teil an hetzerischen und diskriminierenden Posts weg. Dennoch ist das „händisch“ zu bewerkstellende Checking der von der Software als „unklar“ ausgespuckten Texte immens. Die im Anhang gezeigten Formulare zum Thema „zweistufige Kommentarfilter“, die von den Checkern von bild.de, focus.de, welt.de und spiegel online ausgefüllt wurden, zeigen, wie die Redakteure mehr pragmatisch denn prinzipientreu die Grenze zwischen „zulässig“ und „unzulässig“ zu ziehen sich bemühen.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf Kommentarverläufe zur Migrationsthematik haben Wortwahl und Adressierung; aggressive Formulierungen gegenüber Gruppen und Ethnien knapp unterhalb der Strafbarkeitsschwelle zögen weitere nach sich, sachliche ebensolche. „Wir blocken sexistisch oder rassistisch gefärbte Aussagen schneller ab als andere. Wir haben Erfahrungswerte, dass die Urheber sich ermutigt fühlen, beim nächsten Anlass genauso zu schreiben. Das Diskussionsklima kann durch unsere Moderation günstig beeinflusst werden“ (spiegel.de).

Stichproben unseres Teams in den Kommentarspalten von bild.de, focus.de und spiegel.de bestätigen, dass diskriminierende oder direkt beleidigende Aussagen kaum noch zu finden sind, dass indessen das argumentfreie Pöbeln und Maulen vor allem in Boulevardmedien oftmals dominiert. Sie zeigen aber auch, dass prekäre Kommentarverläufe durch sachlich vorgetragene Einwände (Counter Speech) tatsächlich gedreht werden können (siehe Beispiel im Anhang).

Die **Strafverfolgungsbehörden**, die sich mit strafrechtlich verdächtigen Posts befassen, haben es meist mit Extremfällen zu tun, die durch Ausnahmeereignisse induziert sind (siehe Mordfall Lübcke). Sie zeigen, dass gleichsam unter der Oberfläche des strikt kontrollierten Kommentargeschehens vor allem in der rechtsextremen Szene der Drang fortbesteht, seine Aggressionen gegen Fremde (verbunden mit Gewaltphantasien) öffentlich kund zu tun. Strafverfolger weisen aber auch darauf hin, dass bei sehr heiklen Konfliktthemen mitunter die Medien fahrlässig (auch sachfalsch) berichten und damit spontane „Hasswellen“ in Gang setzen, wie der Tod des achtjährigen Jungen im Frankfurter Hauptbahnhof zeigte (der Täter wurde zunächst als Flüchtling beschrieben; es handelte sich um einen in der Schweiz regulär wohnhaften Arbeitnehmer, der offenbar psychisch erkrankt war). Tatsächlich dienen Berichte über Straftaten von Migranten dazu, diese pauschal als nicht integrierbar zu bezeichnen und als minderwertig („animalische Instinkte“, „sind wie Tiere“ usw.) zu diffamieren (staKöln).

5.3 Gibt es einen Zusammenhang zwischen Aussagen von PolitikerInnen und/oder prominenten Persönlichkeiten und/oder markanten Ereignissen einerseits und der Art und Häufigkeit solcher User-Artikulationen andererseits?

Die Checker und Kuratoren in den **vier Medienredaktionen** bestätigen diesen Zusammenhang durchwegs. „Wenn über eine Entscheidung zum Asylrecht oder Familiennachzug berichtet wird und auch noch der Name Angela Merkel dabei steht, werden wir mit Hasskommentaren überschüttet“ (focus.de, sinngleich welt.de). Bei bild.de genügt es, dass im

Bericht eine prominente **Politikerin** oder ein **Politiker** erwähnt wird – unabhängig vom politischen Lager –, um die Kommentarflut ansteigen zu lassen (bild.de: „egal, ob Habeck oder Claudia Roth von den Grünen oder Leute wie Björn Höcke und Alice Weidel“). Die Posts seien oft „krass“, kommen aber aus verschiedenen Lagern und erzeugten so ein buntes Bild (spiegel.de). Das Gleiche gilt für Prominente aus dem Sport, wenn sie sich zum Thema äußern oder selbst zum Thema werden (siehe das erwähnte Beispiel Özil oder die Onlinedebatte zur Identität des HSV-Spielers Bakery Jatta). Auch Prominente der Unterhaltungsindustrie können „LoveStorms“ (ebd.) auslösen, aber auch polarisierend wirken, wenn „die Anderen“ von ihnen stigmatisiert bzw. ausgegrenzt werden (Beispiele: Herbert Grönemeyer, Udo Lindenberg²⁶, Sarah Connor). Prominente aus der Welt der Kultur liefern nur ausnahmsweise Kommentaraneize; sie sind aus Sicht der Kuratoren zu vernachlässigen.

Zu den **Ereignissen**, die Kommentarfluten evozieren, gehören weiterhin Polizeimeldungen über (mutmaßliche) Gewalttaten von Migranten oder Gerichtsberichte über Straftaten von Migranten (focus.de, spiegel.de). In Abhängigkeit vom Channel (=Zielgruppe) werden solche Berichte einerseits als Vorurteilsbestätigung genutzt und mit rechthaberischer Häme kommentiert (bild.de), andererseits aber auch als Gelegenheit, die „Verallgemeiner“ und „Pauschalisten“ zu kritisieren. Keines von beiden verbessert das Meinungsklima. Neben den Ereignisthemen spielen im Übrigen auch „latente“ Themen eine Rolle, die gerade im Stadtgespräch en vogue sind, Motto: der (farbige) Rapper X kommt nächstes Wochenende. Sowa ist dann „the talk of town“ und schlägt auf das Themenfeld Migration/Integration durch und kann je nach Protagonist zu einer lebhaften Debatte führen (welt.de).

5.4 Welche Trigger setzen Debatten zum Thema Migration/Integration in Gang, was wirkt auf die Dynamik als Verstärker?

Kommentarauslösend wirke das Gefühl, die Behörden oder die Medien würden den Bürgern heikle Informationen vorenthalten. So produziere seit Jahr und Tag die Frage, ob die Nationalität des mutmaßlichen Täters genannt werden solle, ein intensives Kommentaraufkommen. Ähnlich auch der Unschuldsumvermutung dienende Etikettierungen, wenn es um tatverdächtige Migranten geht („wenn bei einem Migranten in Klammern mutmaßlich steht, wird losgeschrieben und geschimpft“ – bild.de). Unerwartet starke Trigger-Effekte hätten auch Postings von NGO-Autoren, wenn diese etwa mit „#ichbinhier“ beginnen und sich klar positionieren („das funktioniert wie ein Fliegenfänger“). Aus Sicht mancher Mediatoren ist dies nicht unproblematisch, weil die Debatte in der KS sich nun gegen den „Eindringling“ richte, konfrontativ werde und sich zu zwei „Meinungsblöcken“ versteife.

Zu den triggernden Ereignisthemen zählen derzeit wieder die Berichte über Seenotrettung (Aktionen der „Alan Kurdi“ etwa) und die damit verbundenen Protagonisten (spiegel.de) sowie die Verknüpfung von Klimawandel und Migrationsbewegung (focus.de).

²⁶ Lindenberg's Post auf Facebook kurz nach der Mordtat in Halle (28.10.19: „Das Grauen geht um im Land“) evozierte Medienberichten zufolge innerhalb weniger Stunden 2.200 zustimmende Kommentare, 22.000 likes und 7.500 shares. Aus Sicht von Medienbeobachtern bewirken solche „LoveStorms“ ihrerseits einen Schweigespiraleffekt auf der Gegenseite (Abwanderung auf unkontrollierte Plattformen wie KV.com).

Triggernde Prominente: „Angela Merkel ist ein harter Trigger, Flüchtlingspolitik ein mittelharter, irgendwas mit Leuten in der CDU ein sehr weicher“ (welt.de). Wenn in der Berichterstattung die AfD als Partei vorkommt, sei das ein erhöhter Trigger; wenn auch noch AfD-Promis vorkommen, sei dies ein starker Trigger. Generell wirkten personenzentrierte AfD-Berichte in den KS polarisierend; „schon nach kurzer Zeit und ein paar hundert Kommentaren versuchen Hater aus der rechten Szene, die KS zu fluten“ (focus.de).

5.5 Wann, wie, wo wurde der Komplex „Integration“ in welchem Zusammenhang eher positiv konnotiert?

Zu dieser Frage konnten sich notabene nur die engagierten NGOler und die Medienredaktionen äußern, da die anderen Gruppen als Beschwerdeinstanzen und Strafverfolger nur problematische Kommentare beobachten. Aus Sicht der Kuratoren in den Medienredaktionen spielt die **Tonalität der Berichterstattung** eine wesentliche Rolle. „Die Nutzer erwarten eine glaubwürdige Darstellung, und zu der gehört auch die Beschreibung der Probleme“ (welt.de). Dabei spielt auch die Bildsprache eine wichtige Rolle. Übereinstimmend wird die verbreitete stereotype Illustration mit Symbolbildern – seien es „Hungerbilder aus Afrika oder glücklich lächelnde Migranten bei uns“ (bild.de) – als kontraproduktiv erlebt. Dem gegenüber seien konkrete Bildaussagen und realistische Berichte über Erlebnisse und Erfahrungen mit integrationswilligen Migranten positiv konnotiert und würden auch gehaltvolle Kommentare inklusive eigener Erfahrungen und Erlebnisse nach sich ziehen (welt.de).

Aus Sicht der **engagierten NGOs** besteht die Schwierigkeit darin, dass viele KS-Diskurse in Sackgassen nach dem Muster „ja, denen muss man helfen, dann aber zurückbringen“ landen, weil solche Meinungen relativ viel Zustimmung finden und bei vielen den Eindruck erwecken, man könne das Problem menschlich korrekt (ohne schlechtes Gewissen) irgendwie lösen (ichbinhier). Der Sache dienlicher seien KS-Verläufe, in denen Nutzer auf die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Mangel an Fachkräften hinweisen (dz-bw). Hierzu würden häufiger auch positive Erlebnisse und Erfahrungen mit Migranten als Azubis, als KollegInnen, Nachbarn usw. genannt und auch „gute Beispiele“ angeführt.

5.6 Die Dynamik von Diskursen: Werden Hate Speeches von (kleinen) rechtsextremen Gruppen und Netzwerken gesteuert?

In den **Medienredaktionen**, die moderierend eingreifen, kennt man den Unterschied zwischen „normalen Nutzern, die einfach ihre Meinung sagen oder diskutieren wollen“ und solchen, „die wahrscheinlich 4 oder 5 Profile haben und kommen, um die Diskussion abzuwürgen.“ Dabei sei „deren Anteil extrem hoch“ (spiegel.de). Man erkenne an den Wörtern und Formulierungen, „dass es da offenbar Absprachen gibt“ und versucht wird, den Diskurs zu manipulieren (spiegel.de, focus.de, welt.de).

Es gäbe aber auch einen **Lemminge-Effekt**: Je mehr Kommentare etwa dieselbe Meinung vertreten, desto mehr übereinstimmende Kommentare kommen neu hinzu. „Vielleicht sind

dies oft auch automatisierte Meinungsgeber (Bots), wir wissen es nicht. Wir sehen aber, dass die Leute, die sich ernsthaft unterhalten wollen, dann abwandern auf andere Foren, wo es echte Diskussionen gibt“ (bild.de); einschlägige Berichte über Aktionen aus der Szene der Rechtsextremen „erregt die uns längst bekannte rechte Troll-Blase“ (spiegel.de). Die rassistisch und ausländerfeindlich denken, seien bei den Migrations- und Integrationsthemen noch immer die eifrigsten Kommentarschreiber.

Dem Lemminge-Effekt ähnelt der **Kometenschweif-Effekt**: Wenn Wortführer der rechten Szene („ich denke an Leute wie Beatrix von Storch oder Jörg Meuthen“, welt.de) einen Bericht teilen, „kommen viele Nutzer und hängen sich in die fragliche KS rein und platzieren ihre ‚vorgeframete‘ Empörung.“ Allerdings nannte keine der Medienredaktionen belegbare Vorgänge, die auf strategisch organisierte Kampagnen ultrarechter Gruppen oder Bots oder aus dem Ausland (Russland) schließen ließen – was allerdings auch mit den inzwischen gut abgestimmten Filtern der hauseigenen Algorithmen zutun haben mag.

Aus Sicht der **engagierten NGOs** und deren Beobachter, die ein breiteres Feld im Blick haben, wird die Frage anders beantwortet. Sie verweisen beispielhaft auf die zahlreichen, intern sehr gut vernetzten „patriotischen Gruppen“ im Umkreis der AfD, von denen jede „weit mehr als tausend Mitglieder“ habe; viele dieser Mitglieder operierten vermutlich mit mehreren Profilen bzw. Accounts und erzeugten zumal als Netzwerker viel Volumen.

Neben den hier untersuchten Newsmedien – sagen mehrere Beobachter übereinstimmend – gäbe es in beiden politischen Lagern nicht wenige Onlinemedien (Websites und Blogs), „die auf Empörung getrimmt sind“ und polarisierend auf das Meinungsklima einwirkten. Namentlich genannt wurden: *Achse des Guten*, *Nachdenkseiten*, *compact* sowie die einem politischen Lager zugehörigen Seiten auf Facebook (LoveStorm).

5.7 Kann der Kommentarverlauf über Gegenmaßnahmen und Aktionen (wie Counter Speech) positiv beeinflusst werden?

Die vor allem von den engagierten NGOs propagierten Maßnahmen zur Steuerung der Kommentarverläufe - zuvorderst per Counter Speech – werden von den Medienredaktionen differenziert beurteilt. Aus der Sicht mehrere Redakteure benötigen KS-Diskurse – sollen sie konstruktiv verlaufen – eine kuratierende Supervision („alle von der Software als fraglich identifizierte Kommentare erst mal anschauen, auch den KS-Verlauf nachlesen“ spiegel.de). Beispielsweise sei die maschinelle Kontrolle unscharf, wenn es um Gesundheit/Krankheit (etwa Unterstellungen an die Adresse von Migranten) oder um Sexismus gehe. Hier würden sich die Redaktionschecker eher restriktiv verhalten (d. h. den inhaltlich gehaltvollen Diskurs für wichtiger veranschlagen als die formal zu schützende Meinungsäußerungsfreiheit). Vor allem auf den Seiten auf Facebook müsse strenger gecheckt werden; dort unterdrücke man auch „menschenfeindlichen Sprachgebrauch“ und Formulierungen, die manche Leser als rassistisch oder sexistisch empfinden könnten. „Je besser man moderiert, desto besser funktioniert der Diskurs“ (spiegel.de).

Andere Redaktionen zumal im Boulevardfeld sehen dies anders. Ihren Auskünften zufolge geht es ihnen de facto um die Vermeidung strafrechtsrelevanter Äußerungen; bei polemischen

schen und herabwürdigenden Posts sei man nachsichtig. Soweit es aber um offensichtlich ehrverletzende oder beleidigende Äußerungen gehe, sei die selektierende Prüfsoftware „streng“ programmiert; dasselbe gelte für Formulierungen, die dem Straftatbestand Volksverhetzung nahe kommen. Null Toleranz gebe es bei Äußerungen, die als antisemitisch verstanden werden könnten; diese würden eliminiert (bild.de, welt.de). So gesehen haben die Redaktionen – im Vergleich zu den Kriterien der einschlägigen Staatsanwaltschaften – in Bezug auf Hetze ein deutlich restriktiveres Filterregime eingerichtet.

Einige Moderatoren nannten neue Instrumente für die kuratierende Pflege der KS, die sie unter der Etiketle „Gamification“ (=Spiele-Design in spielfremden Gebieten) erproben. Sie nannten u.a. das beispielgebende Herausstellen gelungener Kommentare, Rätselspiele mit Belohnungen, auch individuelles Feedback zu aktiven Usern. Solch ein Maßnahmenbündel könne das Meinungsklima in den KS positiv beeinflussen, wenn es zum Instrument Counter Speech „flankierend“ eingesetzt werde. Tatsächlich sprachen mehrere Moderatoren davon, dass der Einsatz der Gegenrede „subtil“ sein sollte und vom Moderator viel Diskursverständnis verlange, andernfalls bestehe die Gefahr, dass man das Gegenteil dessen erreiche, was man bezwecken wollte: statt Verständigung eine verschärfte Polarisierung.

Als Schlusssatz eignet sich die Aussage des Community-Management-Chefs beim Spiegel: „Wir haben auch viele Nutzer, die sehr deutlich werden und gegenhalten, wenn es um Gewalttaten gegen Migranten ging und in User-Kommentaren Schadenfreude zu spüren war. Das sind auch echte Menschen mit ganzen Sätzen.“

Leipzig, 31. Oktober 2019

Der Projektleiter:

Prof. Dr. Michael Haller

Gutachten über "Art der Thematisierung des Komplexes Migration/Integration in ausgewählten sozialen Medien (Schwerpunkt: Plattformmedien)" in den User-Kommentaren

Anlagen:

1. Dokumentation der befragten Einrichtungen/Organisationen
2. Zitierte Literatur
3. Redaktionelle Thematisierung von „Integration“ und die User-Interaktionen in den Kommentarspalten - Ausgewählte Beispiele
4. Umgang mit Hassreden: Filterkriterien der vier Online-Newsmedien

Migration/Integration und Hate Speech: Liste der befragten Einrichtungen (alphabetisch)
Durchführung zwischen 05.09. und 21.10.2019

	Kategorie	Einrichtung / Organisation	Ansprechpartner zuständig/verantwortl.
1.	Engagierte Beobachter& Kontrolle	#ichbinhier	Alex Urban
2.	Engagierte Beobachter& Kontrolle	Amadeu-Antonio Stiftung	Stefan Lauer
3.	Medienredaktion	BILD.de	Marc Biskup
4.	Beobachter&Beschwerdestelle	Demokratiezentrum B.W.	Stefan Ruhmannseder
5.	Beobachter/Beschwerdestelle	eco Verband der Internetwirtschaft	Peter-Paul Urlaub
6.	Medienredaktion	focus online	F. Haschner
7.	Beobachter&Beschwerdestelle	Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia Diensteanbieter FSM	Natalia Peruzynska
8.	Strafverfolgung	Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt	Dr. Benjamin Krause
9.	Engagierte Beobachter	Gesicht zeigen frü ein weltoffenes D.	Franziska Krug
10.	Beobachter&Beschwerdestelle	jugendschutz.net (Kompetenzzentrum von Budn und Ländern)	Flemming Ipsen
11.	Prüfstelle& Beschwerdestelle	Landesanstalt für Medien NRW, Projekt "Verfolgen statt nur löschen"	Barbara Banczyk
12.	Engagierte Beobachter& Kontrolle	LoveStorm.de - Gemeinsam gegen Hass im Netz (Bund für soziale Verteidigung e.V.)	Björn Kunter
13.	Beobachter&Beschwerdestelle	Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein	Carole Possing
14.	Beobachter&Beschwerdestelle	Medienanstalt Thüringen	Angelika Heyen
15.	Engagierte Beobachter	Mimikama	Andre Wolf
16.	Engagierte Beobachter	Netzcourage.ch	Jolanda Spiess
17.	Engagierte Beobachter	No Hate Speech Movement	Sina Laubenstein
18.	Medienredaktion	Spiegel online	Veronique Brüggemann
19.	Strafverfolgung	Staatsanwaltschaft Köln (Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC NRW)	Dr. Christoph Hebbecker
20.	Medienredaktion	Welt.de	Thore Barfuss
21.	Engagierte Beobachter	Zara Zivilcourage-und Anti-Rassismus-Arbeit	meike.kolckthudt@zara.or.at
Auskunft abgelehnt hat: Journalistenbüro correctiv! Berlin			
Keine Auskunft gaben (bis Redaktionsschluss 29.10.19):			
	Strafverfolgung	Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt	Pressesprecher (keine Antwort auf mündl. und schriftl. Anfragen)
	Strafverfolgung	Landeskriminalamt Hessen (arbeitet mit Hessen3C zusammen)	Pressesprecher (keine Antwort auf mündl. und schriftl. Anfragen)
	Behörde	Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM)	Anfrage in Bearbeitung bei Pressesprecherin
	Strafverfolgung	Staatsanwaltschaft Dresden	Anfrage in Bearbeitung bei Verwaltung
	Strafverfolgung	LKA Sachsen	Anfrage in Bearbeitung bei Pressestelle
	Strafverfolgung	LKA Thüringen	Anfrage in Bearbeitung bei Pressestelle

Zitierte Literatur

Dvir-Gvirsman, Shira; R. Kelly Garrett; Yariv Tsfati (2018): Why do partisan audiences participate? Perceived public opinion as the mediating mechanism. In: *Communication Research* 45, 1/2018, S. 112-136. DOI: 10.1177/ 0093650215593145

Fredheim, Rolf; Alfred Moore; John Naughton (2015): Anonymity and online commenting: The broken windows effect and the end of drive-by commenting. <https://dl.acm.org/purchase.cfm?id=2786459> [10.10.19]

Gagliardone, I., Gal, D., Alves, T., & Martinez, G. (2015). *Countering Online Hate Speech*. Paris: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (UNESCO). Abgerufen von <http://unesdoc.unesco.org/images/0023/002332/233231e.pdf>

Hölig; Sascha; Uwe Hasebrink (2018): Nachrichtennutzung und Soziale Medien. Befunde aus dem Reuters Institute Digital News Survey 2018, in: *Media Perspektiven* 12/2018, 575-582.

Hölig Sascha; Uwe Hasebrink (2019): <http://www.digitalnewsreport.org/survey/2019/germany-2019/>
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft IDZ (Hsg.) (Juli 2019): #Hass im Netz: Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie - eine bundesweite repräsentative Untersuchung. https://blog.campact.de/wp-content/uploads/2019/07/Hass_im_Netz-Der-schleichende-Angriff.pdf [10.10.-2019]

Kazim, Hasnain (2018): *Post von Karlheinz. Wütende Mails von richtigen Deutschen – und was ich ihnen antworte*. München: Penguin/Random House Verlag. (2019): Hörbuch, gelesen von Bjarne Mädler, Cathlen Gawlich, Bernhard Schütz, Hasnain Kazim. Hörverlag

Köhler, C.; Ziegele, M. & Weber, M. (2019). Wie gefährlich ist der Hass im Netz? Wirkungen von Hasskommentaren gegen Geflüchtete auf das prosoziale Verhalten von Rezipierenden. In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), *Politische Partizipation im Medienwandel*, S. 299-319. doi: 10.17174/dcr.v6.12

Kreißel, Philip; Julia Ebner; Alexander Urban, Jakob Guhl: *HASS AUF KNOPFDRUCK - Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz*. Ichbinhier 2018. Unter: https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf [10.10.2019]

Kümpel, Anna Sophie; Diana Rieger (2019): *Wandel der Sprach- und Debattenkultur in sozialen Online-Medien Ein Literaturüberblick zu Ursachen und Wirkungen von inziviler Kommunikation*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Maireder, Axel (2017): Soziale Online-Netzwerke und vertrauenszuweisung in Communities. In: Haller, Michael (Hrg.): *Öffentliches Vertrauen in der Mediengesellschaft*. Köln: von Halem, S. 100-115

Mediendienst Integration (2019): *Informationspapier Brandenburg, Sachsen, Thüringen Zahlen und Fakten zu Migration und Integration*, August 2019. Berlin

Neubaum, German; Nicole C. Krämer: Monitoring the opinion of the crowd. Psychological mechanisms underlying public opinion perceptions on social media. In: *Media Psychology* 20, 3/2017, S. 502-531. DOI: 10.1080/ 15213269.2016.1211539

Neubaum, German; Nicole C. Krämer: What do we fear? Expected sanctions for expressing minority opinions in offline and online communication. In: *Communication Research* 45, 2/2018, S. 139-164. DOI: 10.1177/ 0093650215623837

Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München: Piper

Newman, Nic and Fletcher, Richard and Levy, David and Nielsen, Rasmus Kleis, Reuters Institute Digital News Report 2016 (June 15, 2016). <https://ssrn.com/abstract=2796534>

Owen, L. H. (2019, März 15). One year in, Facebook's big algorithm change has spurred an angry, Fox News-dominated — and very engaged! — News Feed. Abgerufen von <http://www.niemanlab.org/2019/03/one-year-in-facebooks-big-algorithm-change-has-spurred-an-angry-fox-news-dominated-and-very-engaged-news-feed/>

Schmidt, JH.; Hölig, S.; Merten, L. ; Hasebrink, U: Nachrichtennutzung und Meinungsbildung in Zeiten sozialer Medien. Informatik Spektrum (2017) 40: 358. <https://doi.org/10.1007/s00287-017-1057-y>

Springer, N.; Engelmann, I. & Pfaffinger, C. (2015). User comments: motives and inhibitors to write and read. Information, Communication & Society. doi: 10.1080/1369118X.2014.997268

Wilhelm, C.; Ziegler, I. & Jöckel, S. (2019): "Weg mit dem Ungeziefer!": Hasskommentare aus Sicht der Nutzenden; Bewertung und Meldeverhalten. In I. Engelmann, M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), Politische Partizipation im Medienwandel (S. 277-297). Berlin <https://doi.org/10.17174/dcr.v6.11> [10.10.19]

+++

Newsletter und Dokumentationen der Anti-Hate-Speech-Initiativen unter:

<https://www.ichbinhier.eu/digitaler-hass-gegen-die-demokratie>

https://www.focus.de/politik/gerichte-in-deutschland/urteil-am-amtsgericht-augsburg-bewaehrungsstrafe-fuer-frau-die-sich-als-minderjaehriger-fluechtling-ausgegeben-hatte_id_11240568.html?obref=outbrain-fof-web&cm_ven=focus_outbrain

Beispiel für Userkommentar-Diskurs, der durch einwendende Argumente versachlicht wird (gelbe Markierungen) und die „Hater“ zum Einlenken oder Verstummen bringt. Dieser Diskurs – so die Darstellung des verantwortlichen Community-Managers uns gegenüber – lief ohne steuernde Moderation durch die Redaktion, sondern Dank der maschinellen Filterung und dank einiger Kommentatoren, „die schon seit mehreren Jahren zu unseren Nutzern gehören und vernünftig sind“.

Urteil am Amtsgericht Augsburg

Vorwurf der Alters-Lüge: Nach Freispruch bricht junge Äthiopierin weinend zusammen



Göran Schattauer/AdobeStock/iStock/Composing: Sascha Weingartz Die Angeklagte vor der Verhandlung.

- FOCUS-Online-Reporter [Göran Schattauer](#) (Augsburg)

Donnerstag, 17.10.2019, 09:50

Die Vorwürfe wogen schwer: 145.000 Euro Schaden sollte eine Afrikanerin verursacht haben, weil sie den Behörden ein falsches Alter angegeben hatte. Doch bei der Hauptverhandlung kamen Zweifel auf. Dokumente und Fotos sprachen plötzlich für die Angeklagte. Nach Urteilsverkündung kam es zu emotionalen Szenen.

Die zierliche Frau fällt auf die Knie. Sie faltet die Hände und dankt „Jesus Christus“. Dabei schaut sie an die Decke des Verhandlungssaals 120, Tränen laufen ihr über das Gesicht. Sie kann ihr Glück kaum fassen.

Unmittelbar zuvor hatte der Richter am Amtsgericht Augsburg das Urteil in ihrem Fall verkündet: „Die Angeklagte wird freigesprochen.“ Für ihre Zeit in der Untersuchungshaft sei sie „zu entschädigen“.

Mutter bringt ihren 15 Monate alten Sohn mit zum Prozess

Die emotionale Reaktion der Äthiopierin Fekadu F. zeigt: Mit einem Freispruch hatte sie nicht gerechnet, allenfalls darauf gehofft. Für die alleinerziehende Mutter eines 15 Monate alten Sohnes, den sie im Kinderwagen ins Gericht schiebt, steht an diesem Mittwoch viel auf dem Spiel.

Die Staatsanwaltschaft Augsburg wirft ihr Betrug vor. Die Frau soll Ende 2012 nach Deutschland gekommen sein und sich mit falschen Angaben einen Status als „minderjähriger unbegleiteter Flüchtling“ erschlichen haben. Erst im Frühjahr 2015 flog der angebliche Schwindel auf.

Staatsanwalt benennt angeblichen Schaden: 145.758,45 Euro

Bis dahin, so der Staatsanwalt bei der Anklageverlesung, habe Fekadu F. einen „Vermögensverlust großen Ausmaßes verursacht“. Bis auf den Cent genau rechnet der Jurist den Schaden für den Staat vor: 145.758,45 Euro. Etwa zwei Drittel der Summe entfallen auf den Landkreis Donau-Ries, ein Drittel auf die Stadt [München](#).

Durch „Vorspiegeln falscher Tatsachen“ und ihr „gewerbsmäßiges Handeln“ habe die Angeklagte Leistungen bezogen, die ihr eigentlich nicht zustanden, so der Staatsanwalt. Darunter fielen unter anderem Heimkosten, Taschengeld, Fahrtkosten, Ausbildungshilfen, Hilfe zum Lebensunterhalt, Unterkunftskosten.

Angeklagte: Wurde in Dubai "misshandelt und vergewaltigt"

Die Angeklagte, klein, schwächling, hochgesteckte Haare, bestreitet die Vorwürfe vehement. Über ihren Verteidiger erklärt sie, wie und warum sie überhaupt nach Deutschland gekommen ist.

Demnach musste sie ihre Heimat Äthiopien wegen der „politischen Unruhen“ verlassen. Im Alter von 15 Jahren habe sie ein Schleuser nach Dubai gebracht, wo sie fortan unter sklavenähnlichen Bedingungen leben musste. Sie arbeitete bei einer arabischen Großfamilie als Kindermädchen und verrichtete Haushaltsdienste. In der Familie sei sie „misshandelt und vergewaltigt“ worden, so die Angeklagte.

In München "aus dem Fenster gesprungen und geflohen"

2012 sei sie gemeinsam mit ihren Gastgebern nach Deutschland geflogen, nach München. Dort wollte sich ein Mitglied der Familie operieren lassen. Die Einreise erfolgte mit einem legalen Schengen-Visum. In München habe sie dann spontan beschlossen, aus ihrem Martyrium auszubrechen. Sie sei „aus dem offenen Fenster gesprungen und geflohen“, berichtet ihr Anwalt. In Bayern habe sie sich dann bei den Behörden gemeldet und „Hilfeleistungen beantragt“ – ganz legal.

Ob diese Geschichte im Detail stimmt, spielt in dem Prozess eine untergeordnete Rolle. Ebenso die Frage, ob die Frau (sie machte hier eine Ausbildung zur Verkäuferin, scheiterte aber an der mündlichen Prüfung) überhaupt berechtigt ist, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Entscheidend für das Gericht ist, wie alt die Afrikanerin bei ihrer Anerkennung als minderjähriger Flüchtling war.

Der Knackpunkt: Zwei Geburtsdaten, elf Jahre Unterschied

In ihrem Einreisedokument nach Deutschland stand das Geburtsdatum 23. Januar 1986. Gegenüber den Behörden in Bayern gab sie den 30. März 1997 an, außerdem einen anderen Namen. Damit war sie auf dem Papier elf Jahre jünger als bei ihrer Einreise – und konnte alle Vorzüge minderjähriger Flüchtlinge in Anspruch nehmen.

Die Staatsanwaltschaft geht in ihrer Anklage von bewussten Falschangaben der Ausländerin aus und unterstellt ihr dabei eine betrügerische Absicht. In der

Hauptverhandlung lässt sich dieser Vorwurf nicht halten. Im Gegenteil: Mehrere Indizien entlasten die Angeklagte.

Urkunden und Fotos entlasten die Frau aus Äthiopien

So stellt sich heraus, dass sie den Pass, mit dem sie von Dubai nach Deutschland gekommen war, nie selbst in der Hand hatte und nicht kannte. Dort war das Geburtsjahr 1986 vermerkt.

Zudem kann sie dem Gericht eine äthiopische Geburtsurkunde vorlegen, die sie im Jahr 2017 - nachdem sie in Deutschland schon unter Betrugsverdacht stand - selbst beantragt hatte. Dort ist als ihr Geburtsdatum der 30. März 1997 angegeben. Die Deutsche Botschaft in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba hat das Dokument vor dem Prozess in Augsburg geprüft und für echt befunden. Es gebe keinen Grund, an den Angaben der dortigen Behörden zu zweifeln.

Entlastet wird die Angeklagte auch durch mehrere Fotos, die kurz nach ihrer Anerkennung als minderjähriger Flüchtling Ende 2012 gemacht worden waren. Sie entstanden in einer Jugendwohngruppe für Flüchtlinge, in der Fekadu F. eine Zeit lang lebte.

Auf den Bildern ist ein schwächliches Mädchen von etwa 15 Jahren zu sehen. Das entspricht dem von ihr genannten Geburtsjahr 1997. Wäre sie – wie in ihrem Pass behauptet – 1986 geboren worden, müsste man auf den Fotos eine 26-Jährige sehen. Das ist definitiv nicht der Fall.

Rechtsmediziner kann nur wenig zur Aufklärung beitragen

Schließlich kann auch eine wissenschaftliche Altersanalyse die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft nicht wirklich bestätigen.

Fekadu F. wurde im Februar 2017 am Rechtsmedizinischen Institut in München eingehend untersucht. Dabei stellten die Experten „ohne wesentliche Zweifel“ fest, dass die Angeklagte zum Untersuchungszeitpunkt knapp 26 Jahre alt war, mindestens aber 21 Jahre und drei Monate. Den Ausschlag gab dabei die computertomografische Vermessung des Schlüsselbeins.

Der Befund, so Rechtsmediziner Randolph Penning vor Gericht, sei zwar mit dem Geburtsjahr 1997 „nicht vereinbar“. Auf der anderen Seite sei auch das Geburtsjahr 1986 „sehr unwahrscheinlich“. Auf Nachfrage des Gerichts räumt Penning ein, dass Altersbestimmungen zum Großteil auf statistischen Erhebungen beruhen, wobei „Ausreißer nach oben oder unten“ durchaus möglich seien. Auf Deutsch: Die Angeklagte könnte jünger oder älter sein. Nichts Genaues weiß man nicht.

Staatsanwalt: "Man muss an beiden Geburtsdaten zweifeln"

Gegen Ende der Verhandlung räumt der Staatsanwalt ein: „Alles in allem muss man an beiden Geburtsdaten zweifeln.“ Wenn ihn jemand fragen würde, wie alt die Angeklagte wirklich sei, müsste er antworten: „Ich weiß es nicht.“

Mit dem naheliegenden Satz „Im Zweifel zugunsten der Angeklagten“ beantragt der Staatsanwalt Freispruch – und muss die Kammer nicht lange überzeugen.

Entscheidend für die Urteilsfindung war die Geburtsurkunde der Angeklagten [aus Äthiopien](#). Der Richter: „Es handelt sich um ein echtes und gültiges Dokument eines ausländischen souveränen Staates.“ Dies sei vom Gericht vorbehaltlos anzuerkennen, allein aus völkerrechtlichen Gründen. „Das Geburtsdatum 30. März 1997 ist für uns somit richtig.“

Folglich war die Äthiopierin Ende 2012 bei ihrer Einreise nach Deutschland 15 Jahre alt - und hatte Anspruch auf alle staatlichen Leistungen für minderjährige Flüchtlinge.

+++

Leser-Kommentare (36)

Bei den folgenden Kommentaren handelt es sich um die Meinung einzelner FOCUS-Online-Nutzer. Sie spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

21.10.19, 03:44 | [Nico Müller](#)

[Volksverhetzung](#)

Echt schlimm was hier für Kommentare kommen. Es wird offenbar der Text nicht richtig gelesen oder verstanden. Glaubt ihr im Ernst sie hätte 140.000+ Euro vom Staat erhalten? Das sind Leistungen bzw. Kosten die entstanden sind, die meisten wohl in irgendwelchen Ämtern. Schon mal gehört dass ein kleiner Polizei oder Feuerwehr Einsatz auch mal kurz in die 10.000 oder 100.000 Euro gehen kann. Sie hat nie gelogen, sondern ihre wirklichen Daten angegeben. Es war nicht ihr echter Pass, sondern eine Fälschung, die sie nie in der Hand hatte. Was hier abläuft ist eigentlich Volksverhetzung. Da schämt man sich echt Deutscher zu sein.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 19:09 | [Anja Müller](#) | 1 Antwort

[Ergänzung](#)

Der Rechtsmediziner hat jedenfalls festgestellt, dass 1997 nicht ihr Geburtstag sein könnte. Damit steht sich schon fest, dass die Frau gelogen hat. Zu dem soll sie auch noch einen falschen Namen angegeben haben. Das fällt natürlich völlig unter den Tisch, obwohl es ein Indiz dafür ist, dass auch das Geburtsdatum da nicht gestimmt hat. Und wurde dieser Abenteuergeschichte überhaupt überprüft? Denn wer einmal lügt,... aber das ist ja nur ein deutsches Sprichwort... Wieder mal hat es eine „geschafft“!

[Antwort schreiben](#)

- 19.10.19, 14:44 | [Wolfgang Lindner](#)

[Nachdenken bevor man Verurteilt](#)

Frau Müller, sie haben nicht berücksichtigt, dass die Beklagte den Pass der Einreise nie in ihren Händen gehalten hatte. Ihr Sklavenhalter hat ihn mit dem höheren Alter „bestellt“, damit der Zoll sie einreisen lässt und sie der Familie und speziell ihm weiter ständig zur Verfügung stand. Wozu, das können sie sich denken.

17.10.19, 14:40 | [Rainier PUIITS](#)

[Im Zweifel für den/die Angeklagte\(n\)](#)

ist gängige Rechtspraxis und im Prinzip gut. Ich frage mich nur manchmal, ob es sich die Justiz mit der Anwendung zu leicht macht. Die angegebenen Kosten von rd. 145TSD Euro beziehen sich auf das von der Angeklagten vereinnahmte Geld. Wie hoch sind die zusätzlich verursachten Kosten der notwendigen Verwaltungsakte und der

Rechtsprechung, damit diese Frau und ihr Kind in Deutschland leben konnten? Vermutlich noch einmal genau so hoch!

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 12:38 | [Volker Schulz](#)

[Wie man es dreht und wendet.](#)

die Frau hat gelogen, entweder beim Geburtsdatum oder bei ihrem richtigen Namen. Trotz massiver Zweifel und nachweislich falscher Angaben wird sie freigesprochen. Tatsache ist auch, daß die genannten 145.000 Euro die Summe ist, die sie möglicherweise zuviel erhalten hat. dazu kommen noch die Kosten, die rechtmäßig verursacht wurden. Wir reden also von einer Summe, die deutlich höher ist als 200.000 Euro. Und nun folgt ein Vergleich, der nach Meinung des Focus womöglich gegen die Netiquette verstößt: Meine Frau bekommt nach 35 Jahren Vollzeitbeschäftigung in einer Apotheke 670 Euro Rente, also 8000 im Jahr. Ich habe mal gelesen, man könne ein Volk daran erkennen, wie es mit seinen Alten umgeht.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 11:38 | [Thomas Hempel](#)

[Sie wurde freigesprochen ...](#)

was einigen hier wieder nicht in den Kram passt und was kommt, man beleidigt und beschimpft die deutsche Justiz, deutsche Gerichte usw.. Natürlich wissen die Hobbykriminologen daheim wieder alles besser. Das ist einfach mal wieder ein Beispiel für Respektlosigkeit gegen Polizei, Behörden und Gerichte, solange man nicht der eigenen Meinung entsprechend ermittelt und urteilt.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 11:07 | [Doris Mallon](#)

Für ihre Lügen wird sie jetzt auch noch mit Haftentschädigung belohnt. Die ganze Geschichte, die sie erzählt, klingt unglaubwürdig. Daß Schlepper Originalpässe in allen möglichen Ländern an sich bringen, ist kein Geheimnis. Die böse Familie aus Dubai hat sie nach Deutschland gebracht, auch mit einem Originalpaß. Natürlich hat sie geweint vor Freude, daß die Deutschen wieder auf ihr Märchen reingefallen sind.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 10:46 | [Petra Rapprich](#)

[Und schon wieder ist](#)

sie "weinend zusammengebrochen". Das zweite mal schon in diesem Prozess. Also, wenn diese Leute eines gut können, dann ist es Drama. Alles wird überspitzt und mit großer Theatralik dargeboten. Ich erinnere mich da an den Bericht über eine Geflüchtete aus Syrien: "Hach, nein wie schlimm. Ich konnte eine ganze Woche nicht schlafen und nicht essen bis ich mich von meinem Nervenzusammenbruch erholt hatte, als ich erfuhr, dass ich keine 5.000 € pro Monat und kein Haus bekomme." Immer wieder dieses Theater, um ihren ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Lügen und betrügen gehört ja eh dazu. Und von uns wird dann verlangt, dass wir alles unbesehen glauben und jede

Selbstauskunft für bare Münze nehmen. Während jeder Deutsche sich "nackig" machen muss, wenn er staatliche Leistungen braucht

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 10:25 | [andreas dietz](#)

[Das Urteil](#)

war zu erwarten. Beeindruckend 145tausend Euro also in so kurzer Zeit zu recht erhalten . Wie viel spendiert dieser Staat eigentlich für Einheimische z.B. Rentner die ihr Leben hier geschuftet haben? Das ist weit mehr als das Einkommen vieler Bürger bei regelmäßiger Tätigkeit. Jede Verkäuferin würde davon nur träumen . Dieses Land und sein Rechtssystem ist eines einfach nur krank.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 09:48 | [Robert Hillmann](#) | 2 Antworten

[jetzt](#)

werden unsere Anhänger der Alternative für Dumme wieder aufheulen. Ich bin stolz, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Wobei ich die viel zu vielen milden Urteile gegen den rechten Terror nicht verstehe.

[Antwort schreiben](#)

- 18.10.19, 13:23 | [Robert Hillmann](#)

Merz

meine Kommentare sind NIEMALS hasserfüllt. Solche kommen ausschließlich von Anhängern und Wählern der Alternative für Dumme. Sie haben, wie Sie schreiben, 2 Uni-Abschlüsse, finde ich gut, nur, wer doch eigentlich so intelligent ist, sollte so klug sein, diese rechtsextreme Partei nicht zu wählen. Das ist der kleine Unterschied von Intelligenz und Klugheit.

[Alle Antworten \(1\)](#)

17.10.19, 09:00 | [Oude Voshaar Dennis](#)

[Ja](#)

klar. Auch ich hatte, zwar in einen anderen Bereich, Werte vorlegen müssen, die nicht gepasst haben. Gegenprobe wurde nicht zugelassen und ich musste zu Unrecht "bluten". Auch wurde ich zu einem späteren Zeitpunkt im Krankenhaus falsch diagnostiziert, was nun sehr wahrscheinlich die Erwerbsminderungsrente zur Folge hat. Schön wie zweierlei Maß angewandt wird. Super. Wenn ich sowas lese, schwillt mir der Kamm. Tut mir Leid. Mit hilft niemand.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 07:10 | [Michael Preuss](#)

[Was.](#)

Die Behörden nicht wissen. bzw nicht berechnen ist die Tatsache, das Äthiopien einen anderen Kalender hat, der etwa 7.5 Jahre hinter der europäischen Zeitrechnung liegt. Wenn sie zb. 1980 in Äthiopien geboren wurde, wäre sie zwar lt. Geburtsurkunde in Äthiopien 40 Jahre alt, aber in Deutschland etwa 47,5 Jahre alt.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 06:51 | [Heinz Klaus Thiesen](#)

[Am 17.9.19 im Focus: Altersangabe zu 40% falsch](#)

Demnach kommt dies sehr häufig vor. Im Artikel vermisse ich einen entsprechenden Hinweis. Eine Altersprüfung ist möglich und sollte Pflicht sein. Dies würde allerdings das Geschäftsmodell der Hilfsorganisationen beeinträchtigen.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 06:27 | [Martin Verlinden](#)

[Gutes Urteil](#)

Wie gut, das wir in unserem Land noch faktenorientierte Richter haben. Wie gut, dass diese junge Frau freigesprochen wurde und sie sich nicht mehr ängstigen muss. Und für Hoffnung, berechnete Hoffnung auf ein besseres Morgen, dafür ist jeder von uns in den Speckgürteln der Erde verantwortlich. Flucht hat hunderte von lebensbedrohlichen Anlässen. Niemand von den „zynischen Sofa-Kreuzzüglern“, die hier ihre hasserfüllt-verächtlichen Kommentare abgeben, wird je derart existenzielle Probleme erleben, wie es die Asylsuchenden auf der Flucht, auf dem Meer und in ihren Herkunftsländern erleben. Wer Einem dieser Flüchtenden hilft, der hilft damit der gesamten Menschheit! Wer jedoch Hilfe verweigert, beteiligt sich an der gesamten Entmenschlichung.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 05:16 | [Frank Schmidt](#)

[was ist mit den echten Verbrechern?](#)

wird gegen die arabische Großfamilie, die die Äthiopierin offensichtlich versklavt und vergewaltigt hat, denn um ermittelt? Sind Haftbefehle ausgestellt worden? Vielleicht fliegen die demnächst ja wieder nach München um sich behandeln zu lassen. Die Peiniger sind ja zusammen mit ihr per Flugzeug eingereist, sie dürften also ermittelbar sein. Und ohne dieses Martyrium hätte die Frau wohl kaum Asyl in Deutschland beantragt. Aber ich vermute diese Verbrechen interessieren hier nicht weiter.

[Antwort schreiben](#)

17.10.19, 02:24 | [August Wojak](#)

[Ist nicht](#)

gerade der Friedensnobelpreis an den Äthiopischen Präsidenten verteilt worden? Weil er Frieden brachte und die Verfolgung von Menschen abschaffte? Was hindert also die Ausländerbehörde diese Frau in ihr Heimatland abzuschicken? Eine Geburtsurkunde würde ihr ja auch schon von ihrem Heimatland ausgestellt! Frage an die Bayrischen

Behörden: Wenn ein minderjähriges Mädchen auf die Polizei kommt und gibt an sie ist verklavt worden und mehrmals vom Hausherrn vergewaltigt worden, warum lässt man den einfach wieder ausreisen? Oder war er aus Qatar und wollte beim FCB mal sehen, was man mit den Sponsorgeldern macht. Aber da hat man ja Erfahrung mit Gadaffis Sohn,u.a. Dann gibt es beim nächsten Trainingslager halt wieder mal ein paar Rolex!

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 23:02 | [Helmut Huber](#)

[Täuschung](#)

In meiner Nachbarschaft wohnte ein deutscher Junge mit langem blonden Lockenschopf und einer jugendlichen Stimme. Jeder glaubte, das dieser Junge noch keine 18 Jahre alt war. Monate später kam er plötzlich mit einem Kurzhaarschnitt als Mann im richtigen Alter von 29 Jahren.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 22:51 | [Heinz-Gerd Hinsen](#)

[Ob](#)

es die Politik ist oder die Justiz, man kann absolut keinem mehr glauben. Das Vertrauen in unseren Staat ist tief erschüttert. Stabil sieht anders aus !! Wahrscheinlich haben wir einen Punkt erreicht, wo es kein zurück mehr gibt.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 22:35 | [Wolf Hafer](#)

[Die Fakten](#)

Laut Rechtsmedizin war die Frau 2017 mindestens 21 Jahre und 3 Monate, maximal 26. Damit sind weder das Geburtsjahr 1986, noch 1997 möglich. Also hat die Frau mindestens 2x gelogen, die vorgelegte Geburtsurkunde war offenbar gefälscht. Schlimmer noch: Laut Gerichtsmedizin war die Frau bei Einreise 2015 mindestens 18 bzw. 19 und somit kein MUFL. Damit hat sie sich der Erschleichung von 150.000€ schuldig gemacht. Warum erfolgt hier ein Freispruch?

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 22:24 | [Adomat Paul](#)

[Welch hohe Kosten](#)

Endlich mal ein paar Zahlen für die Leser. Ende 2012 kam Sie also in die BRD, was laut Hochrechnung dann 150.000€ kostete. Alternativ könnte man 25 Jahre lang jeden Monat 500€ Euro erhalten, was hier in 7 Jahren überwiesen wurde (quasi 1785€ mtl.). Ich wünsche der Dame jedenfalls alles Gute, vor allem Entschädigungszahlungen vom Staat für die unverschämte und unnötige Anklage.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 21:48 | [Wildfried Mond](#)

[Immer diese aufgeblasenen Staatsanwälte](#)

Ob der Prozess in Regensburg gegen den Ex-OB oder nun hier. Diese aufgeblasenen Rechtsverdreher dürfen ungestraft Existenzen vernichten und Menschen in den psychischen Abgrund treiben. Wenn die Staatsanwälte für jeden zu Unrecht geführten Prozess zur Rechenschaft gezogen würden, würden sie zum einen sorgfältiger prüfen ob sie Anklage erheben und zum anderen die Beweislage auch zu Gunsten der Angeklagten überprüfen. So lange das nicht geschieht, wird es auch weiterhin Unrechtsanklagen geben.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 21:43 | [Klaus Graf](#)

[Also](#)

in 7 Jahren egal ob zu Recht oder zu Unrecht ist erst einmal egal, 145.700€ an Zuwendungen muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen!! Welcher biodeutsche Minderjährige bekommt in 7 Jahren 145.700€ an Beihilfen usw. ???????

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 21:31 | [Jörg Fenske](#)

[Wissenschaft](#)

Der Rechtsmediziner ist überfordert, obwohl man doch schon angeblich sehr viel weiß und trotzdem an der Feststellung des Alters scheitert. Das ist wie mit dem Klima. Wir können es verändern :-), aber wir verstehen es nicht einmal im Ansatz! Frage zum Schaden von 145.758,45 Euro. Hat die Frau die kassiert oder haben sich beiläufig andere die Taschen gefüllt? Man kennt das ja. Z.B unbegleitete Flüchtlinge. Betrag pro Monat ca. 5000 Teuro. Das in Relation zu einem Kind in Deutschland. Wer macht sich da die Taschen voll?

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 21:08 | [Ganz Gunnar](#)

[Vielleicht ist diese Frau ... ehrlich](#)

aber der Prozess zeigt auch eines: ich möchte nicht wissen, wie oft (vermutlich allzu oft!) unsere Behörden hinter die Fichte geführt wurden und noch immer werden! Das ist das dramatische an sich- nicht die freigesprochene Frau ! Daher meine Frage: wie verhindert man , dass man nicht per se schlecht denkt?

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 20:58 | [Herbert Kühfuß](#) | 2 Antworten

[Äthiopien andere Zeitrechnung.](#)

In Äthiopien ,wird nicht nach dem Julianischenkalender die Zeit berechnet, sie sind ca 7 Jahre hinter unserer Zeit. Das heißt, wenn wenn in Deutschland das Jahr 2007 ist , ist es in Äthiopien erst das Jahr 2000 und das wird auch in Dokumenten so geschrieben.

[Antwort schreiben](#)

- 17.10.19, 00:27 | [Dave Friedensstifter](#)

Sie meinen wohl

nicht nach dem gregorianischen Kalender. Außerdem werden auf äthiopischen Geburtsurkunden das Geburtsjahr sowohl in äthiopischer Schrift und Zeitrechnung als auch in Englisch mit uns bekannter Zeitrechnung angegeben.

[Alle Antworten \(1\)](#)

16.10.19, 20:57 | [Ehinger Helmut](#)

[Unfähige Staatsanwaltschaft.](#)

Bei dieser Sachlage hätte es nie zu einer Verhandlung kommen dürfen. Solche Prozesse braucht kein Mensch. Kümmert euch um die wirklichen Verbrechen. Im übrigen wäre der größte Teil dieser Kosten auch entstanden, wenn die Frau bereits volljährig gewesen wäre. Immerhin war sie bei Antragsstellung schon fast 16 Jahre alt.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 20:29 | [Thomas Niedernhuber](#)

[Ein Wahnsinnsbetrag!](#)

Ich frag mich oft, warum ich jeden Tag um 5 aufstehe und in die Arbeit geh! Keiner braucht sich wundern, dass 50 Millionen Afrikaner zu uns wollen!

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 20:22 | [Silke HÖHN](#)

[Man kann nur noch](#)

fassungslos den Kopf schütteln und am besten gar nicht mehr weiter darüber nachdenken. Diese wahnsinns Summe für EINE Person, die ihr nur eventuell zusteht. Wie lange muss ein Familienvater dafür arbeiten? Es ist vor Ungerechtigkeit kaum mehr auszuhalten.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 20:19 | [Wolfhard Pecho](#)

[Für ein Trinkgeld](#)

Bekommt man eine äthiopische Geburtsurkunde, die natürlich „echt“ ist. Wieder ein Beispiel wie die deutschen Gerichte veräppelt werden

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 20:16 | [Jochen Walter](#)

[In gut 2 Jahren hat die also 145.000 Euro](#)

bekommen? Wofür, im Luxushotel zu wohnen und eigener Chauffeur, für Behördenfahrten? Oder wie kriegt so eine 145.000 Euro in 2 Jahren vom Staat an Leistungen?

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 20:12 | [Alexander Kohlmeyer](#)

[Na Halleluja ...](#)

... 140.000 EUR kostet jeder minderjährige Flüchtling. Damit kann man in Afrika wahrscheinlich ne Kleinstadt für ein paar Jahre versorgen ...

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 20:06 | [Jan Kowalski](#)

[Freund von mir](#)

ist dafür zuständig im Ausland erworbene Hochschulzugangsberechtigungen und Abschlüsse auf die Echtheit zu überprüfen. Die sind alle wirklich original echt, mit echten Stempeln und hauptsächlich identifiziert er die (echten) Fälschungen dadurch, dass die Hochschuldiplome Rechtschreibfehler, sogar im Namen der Universität, aufweisen. Manchmal hat er auch absolut idetische Diplome, wo nur der Name anders ist. So weit zu den echten Dokumenten eines souveränen Staates

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 19:55 | [Christof Kochanowski](#)

[Steuerzahler](#)

Und wieder ist der Steuerzahler der Dumme. Dann darf es eben für die Menschen dieser Herkunftsländer, wo Statistiken das Alter angeben, keine Schengen VISA mehr ausgestellt werden. Grundsätzlich darf ein Staat keine Einreisen erlauben, wenn am Ende die Bevölkerung der Dumme ist. Ändert endlich die Gesetze zum Nutzen der schon länger hier Lebenden.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 19:35 | [Dieter Fischer](#)

[Aber](#)

wehe man vergisst beim Finanzamt €10.- Zinsen anzugeben.... dann kommt die Härte des Gesetzes. Alles schon erlebt.

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 19:34 | [Paul Horst](#)

[Aber](#)

wehe man schuldet als deutscher Staatsbürger dem Finanzamt einen Euro. Dann ist sofort die Hölle los. Unfassbar!

[Antwort schreiben](#)

16.10.19, 15:47 | [Jürgen Deufel](#) | 1 Antwort

[Unfähiges BAMF](#)

Mal wieder ein Beispiel wie unfähig die deutsche Asylbürokratie ist. Sie kann die Identitäten der Migranten nicht feststellen, sie kann die Geschichten der Migranten nicht wirklich überprüfen. Sie kann nur das Geld mit beiden Händen ausgeben.

[Antwort schreiben](#)

- 17.10.19, 00:29 | [Dave Friedensstifter](#)

Falsch Herr Deufel

Es lag eine einwandfreie Geburtsurkunde vor. Es hätte nie zum Prozess kommen dürfen, wenn das Amt genauer recherchiert hätte.

16.10.19, 15:39 | [Raymond Halbig](#) | 2 Antworten

[mit Sicherheit das falsche Signal](#)

sicherlich gibt es immer wieder Ausnahmen, viele Dinge koennen nicht bewiesen werden. Es bleibt bleibt , nach Deutschland kommen und Geld kassieren ,mit allen Tricks . Wohl mal wieder Misbrauch von Asyl

[Antwort schreiben](#)

- 16.10.19, 22:14 | [mario rücki](#)

Genau so ist es

Aber was solls, ist doch nur das Geld der Steuerzahler. Also bitte weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen!

Facebook: Die Thematisierung „Integration“ und User-Kommentare Bild/Spiegel

Bild  **Bild** 
Seite · 2,5 Mio. gefällt das · Nachrichten- und Mediensseite

22.11.2018 ·  · Sie schildert eine Parallelgesellschaft, in der Eltern kein Deutsch sprechen und viele Kinder kein eigenes Bett oder einen Schreibtisch haben.



   1.833 695 Kommentare 654 Mal geteilt

Bild  **Bild** 
Seite · 2,5 Mio. gefällt das · Nachrichten- und Mediensseite

14.09.2018 ·  · ... von Berlin zeigt, wie katastrophal Integration in Teilen gescheitert ist. Die Politik hat die Bildung von Clan-Strukturen viel zu lang ignoriert und viel zu oft als kulturelle Bereicherung verklärt."



   3.985 1.285 Kommentare 1.564 Mal geteilt

Bild  **Bild** 
Seite · 2,5 Mio. gefällt das · Nachrichten- und Mediensseite

25.07.2018 ·  · Seit Jahren ziehen Studien zur Integration eine bittere Bilanz: Noch immer zeigen türkische Zuwanderer und ihre Nachkommen die stärksten Probleme.



   785 1.726 Kommentare 99 Mal geteilt

Bild  **Bild** 
Seite · 2,5 Mio. gefällt das · Nachrichten- und Mediensseite

10.08.2017 ·  · ...übliche Hocktoilette und soll die Integration von Flüchtlingen unterstützen.

   3.368 1.841 Kommentare

Im Jahr 2019 brachte Bild auf Facebook nur 3 Beiträge, die das Suchwort "Integration*" enthielten. Außerdem wurden zahlreiche Links gesetzt zu zurückliegenden (kostenpflichtigen) Beiträgen auf Bild.de. Zum Vergleich: Spiegel auf Facebook listet 8 Beiträge und 17 Links zu Artikeln auf Spiegel online unter dem Suchwort.

Beispiele hier:

Die vorurteilsweckenden Aufmachungen der Bild-Berichte ziehen meist 1.000 bis 2.000 Kommentare nach sich. Die Spiegel-Berichte sind informativer und schon in der Aufmachung fremdenfreundlicher. Je sachlicher, umso geringer die User-Beteiligung (hier: informativer, die Problemgehalte thematisierender Bericht: 38 Kommentare.

SPIEGEL ONLINE 
20. September ·   Seite gefällt mir 

Demokratie, Homosexualität, Gleichberechtigung, Respekt vor Senioren: Hier nehmen viele Unterschiede zwischen Deutschland und ihren Heimatländern wahr. Was bedeutet das?



SPIEGEL.DE
Studie zur kulturellen Integration: So blicken Flüchtlinge auf unsere Gesellschaft

  15 38 Kommentare 2 Mal geteilt

 Gefällt mir  Kommentieren  Teilen

Beispiel: Trailer für Artikel in der Bild auf Facebook (Reichweite rd. 2,3 Millionen User).

Bild 11. Februar ·

Seite gefällt mir

Unglaublich! Wieso fördert es die Integration, wenn unsere Kinder die Sprache von Zuwanderern lernen statt umgekehrt?
Die ganze Kolumne: <https://on.bild.de/2DurqHU>

„Türkisch statt Englisch in der Grundschule ist Schwachsinn.“

Neuköllns Ex-Bezirksbürgermeister
Heinz Buschkowsky in seiner BILD-Kolumne

7.375 1.114 Kommentare 1.465 Mal geteilt

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Bild Seite · 2,5 Mio. gefällt das · Nachrichten- und Mediensite

11. Feb. · · Unglaublich! Wieso fördert es die Integration, wenn unsere Kinder die Sprache von Zuwanderern lernen statt umgekehrt? Die ganze Kolumne: <https://on.bild.de/2DurqHU>

7.375 1.114 Kommentare 1.465 Mal geteilt

https://www.facebook.com/search/top/?q=bild%20Integration&epa=SEARCH_BOX

Gutachten über "Art der Thematisierung des Komplexes Migration/Integration in ausgewählten sozialen Medien (Schwerpunkt: Plattformmedien)" in den User-Kommentaren

Anlage 4:

Wie lauten die Kriterien, nach denen prekäre User-Kommentare ausgefiltert bzw. „händisch“ überprüft werden?

Den Redaktionen (bzw. Community-Manager bzw. Administratoren) wurde ein Set an Beispieltexten zur Beurteilung und Einschätzung zur Prüfung zugesandt.

Nachfolgend die Antworten.

Antworten der Spiegel-online-Administratoren ("Community-Management")

Kürzlich haben Sie unserer wissenschaftlichen Mitarbeiterin Auskünfte gegeben, ob und wie sich fremdenfeindliche Kommentare auf das Meinungsklima in der Onlinekommunikation auswirken. Dieses Gespräch war für uns sehr hilfreich und wir möchten uns nochmals dafür bedanken.

Wir haben nun noch eine Fachfrage, die sich auf die Arbeit der Filtersoftware in „Zweifelsfällen“ bezieht, mithin auf die Schnittstelle zwischen Algorithmus und redaktioneller Prüfung.

Im Folgenden finden Sie einige Hatespeech-Aussagen, die von Forschungsgruppen in Labortests verwendet wurden (siehe Quellenangabe). Wir bitten Sie anzukreuzen, welche der Aussagen von Ihrer Software identifiziert und unsichtbar gemacht wird, welche vermutlich zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet und welche von Ihnen (der Reaktion) freigegeben würden.

Muster-Phrasen (Zitate aus veröffentlichten Kommentaren)	Wird vom Algorithmus weggefiltert (Keyword?)	Zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet	Von der Redaktion freigegeben
„An der Kasse sagte ein Kunde zu mir: Viele Asylanten sind undankbare Bastarde“	ja	nein	nein
„Ich finde es nicht gut, kann aber verstehen, wenn Heime angezündet werden“	nein	nein	nein
„leider sind sehr viele Asylbewerber kriminell“	ja	ja	ja
„Die Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika sollten wieder nach Hause geschickt werden“	ja	ja	unklar
„Hoffentlich werden diese Antifa-Weiber von ihren Flüchtlingsproleten vergewaltigt“	ja	ja	nein
„Egal woher sie kommen, Fremde müssen sich anpassen oder sie werden abgeschoben“	ja	ja	unklar
„Flüchtlinge räumen REWE leer und sagen zur Kassiererin: ‚Das bezahlt Deutschland!‘.“	ja	ja	nein
„Flüchtlinge werden gezielt hergeholt, um die Islamisierung des Abendlandes zu erreichen, bezahlt von islamischen Mächten“	ja	ja	nein
„Leider sind doch viele Asylbewerber wirklich gefährlich“	ja	ja	unklar
„Als deutsche Frau würde ich mich auch bedroht fühlen und zuhause bleiben“	nein	nein	unklar
„Deutschland den Deutschen!! Grünenpolitiker Cem Özdemir raus aus Deutschland!“	ja	nein	nein
„Das ausländische Gesindel ist ne Gefahr für jeden anständigen Bürger“	ja	nein	nein
„Selbst aggressiv wie die Pest, saudumm und wollen uns nur aussaugen!“	ja	ja	nein
„Frau Merkel will mit ihrer Flüchtlingspolitik einen Bürgerkrieg heraufbeschwören und den Tod des deutschen Volkes herbeiführen“	ja	ja	nein

Ergänzende Bemerkungen zur Filterung bzw. Freigabe (wie: Kriterien):

Unsere Software filtert viele Begriffe und verbirgt sie direkt, andere werden sichtbar gelassen und die die Kategorie "to review" eingordnet - diese meine ich wenn ich "ja" oder "nein" bei zur Prüfung weitergeleitet angebe - es ist aber nicht so, dass uns diese tatsächlich "geschickt" werden, wir müssen aktiv reingehen. In einigen Fällen hängt es von Kontext, Kommentarhistorie des Nutzers und der diensthabenden RedakteurIn ab, ob eine Aussage bei uns stehen dürfte oder nicht, hier habe ich "unklar" angegeben.

Quellen: Amadeu Antonio Stiftung (2016a; 2016b); Engelmann I., M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), Politische Partizipation im Medienwandel (2019); Köhler, C., Ziegele, M., & Weber, M. (2019); Meibauer (2013); Stefanowitsch und Flach (2016); Wilhelm, Ziegler, & Jöckel (2019).

Leipzig, 22. Oktober 2019

Der Projektleiter:

Prof. em. Dr. Michael Haller

Antworten der Welt-online-Redaktion (Community-Manager)

Kürzlich haben Sie unserer wissenschaftlichen Mitarbeiterin Auskünfte gegeben, ob und wie sich fremdenfeindliche Kommentare auf das Meinungsklima in der Onlinekommunikation auswirken. Dieses Gespräch war für uns sehr hilfreich und wir möchten uns nochmals dafür bedanken.

Wir haben nun noch eine Fachfrage, die sich auf die Arbeit der Filtersoftware in „Zweifelsfällen“ bezieht, mithin auf die Schnittstelle zwischen Algorithmus und redaktioneller Prüfung.

Im Folgenden finden Sie einige Hatespeech-Aussagen, die von Forschungsgruppen in Labortests verwendet wurden (siehe Quellenangabe). Wir bitten Sie anzukreuzen, welche der Aussagen von Ihrer Software identifiziert und unsichtbar gemacht wird, welche vermutlich zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet und welche von Ihnen (der Reaktion) freigegeben würden.

Muster-Phrasen (Zitate aus veröffentlichten Kommentaren)	Wird vom Algorithmus weggefiltert (Keyword?)	Zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet	Von der Redaktion freigegeben
„An der Kasse sagte ein Kunde zu mir: Viele Asylanten sind undankbare Bastarde“	X		
„Ich finde es nicht gut, kann aber verstehen, wenn Heime angezündet werden“		X	
„leider sind sehr viele Asylbewerber kriminell“		X	
„Die Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika sollten wieder nach Hause geschickt werden“	X		
„Hoffentlich werden diese Antifa-Weiber von ihren Flüchtlingsproleten vergewaltigt“	X		
„Egal woher sie kommen, Fremde müssen sich anpassen oder sie werden abgeschoben“		X	
„Flüchtlinge räumen REWE leer und sagen zur Kassiererin: ‚Das bezahlt Deutschland!‘.“		X	
„Flüchtlinge werden gezielt hergeholt, um die Islamisierung des Abendlandes zu erreichen, bezahlt von islamischen Mächten“	X		
„Leider sind doch viele Asylbewerber wirklich gefährlich“		X	
„Als deutsche Frau würde ich mich auch bedroht fühlen und zuhause bleiben“			
„Deutschland den Deutschen!! Grünenpolitiker Cem Özdemir raus aus Deutschland!“	X		
„Das ausländische Gesindel ist ne Gefahr für jeden anständigen Bürger“	X		
„Selbst aggressiv wie die Pest, saudumm und wollen uns nur aussaugen!“	X		
„Frau Merkel will mit ihrer Flüchtlingspolitik einen Bürgerkrieg heraufbeschwören und den Tod des deutschen Volkes herbeiführen“	X		

Ergänzende Bemerkungen zur Filterung bzw. Freigabe (wie: Kriterien):

Die hier abgegebenen Wertungen basieren nicht auf tatsächlichen Ergebnissen des von uns eingesetzten

Algorithmus, da dieser die Nutzerhistorie mit in seine Entscheidung einzieht, was einen wichtigen Einfluss hat.

Es handelt sich also um die Emulation eines Nutzers, der noch keinen Kommentar abgegeben hat.

Für die ausgewählten Beispielen lässt sich außerdem noch anmerken, dass sie zu wenige typische Kommentarfehler enthalten, da zumindest bei uns Syntax und Rechtschreibung als Bewertungskriterien für den Algorithmus eine gewichtige Rolle spielen (wenn z.B. ALLES GROßGESCHRIEBEN IST) und mehr Fehler auf eine geringere Kommentarqualität hindeuten.

Quellen: Amadeu Antonio Stiftung (2016a; 2016b); Engelmann I., M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), Politische Partizipation im Medienwandel (2019); Köhler, C., Ziegele, M., & Weber, M. (2019); Meibauer (2013); Stefanowitsch und Flach (2016); Wilhelm, Ziegler, & Jöckel (2019).

Leipzig, 22. Oktober 2019

Der Projektleiter:

Prof. em. Dr. Michael Haller

Antworten der Bild.de-Administratoren (Community-Manager)

Kürzlich haben Sie unserer wissenschaftlichen Mitarbeiterin Auskünfte gegeben, ob und wie sich fremdenfeindliche Kommentare auf das Meinungsklima in der Onlinekommunikation auswirken. Dieses Gespräch war für uns sehr hilfreich und wir möchten uns nochmals dafür bedanken.

Wir haben nun noch eine Fachfrage, die sich auf die Arbeit der Filtersoftware in „Zweifelsfällen“ bezieht, mithin auf die Schnittstelle zwischen Algorithmus und redaktioneller Prüfung.

Im Folgenden finden Sie einige Hatespeech-Aussagen, die von Forschungsgruppen in Labortests verwendet wurden (siehe Quellenangabe). Wir bitten Sie anzukreuzen, welche der Aussagen von Ihrer Software identifiziert und unsichtbar gemacht wird, welche vermutlich zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet und welche von Ihnen (der Reaktion) freigegeben würden.

Muster-Phrasen (Zitate aus veröffentlichten Kommentaren)	Wird vom Algorithmus weggefiltert (Keyword?)	Zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet	Von der Redaktion freigegeben
„An der Kasse sagte ein Kunde zu mir: Viele <u>Asylanten</u> sind undankbare <u>Bastarde</u> “	X		
„Ich finde es nicht gut, kann aber verstehen, wenn Heime <u>angezündet</u> werden“	X		
„leider sind sehr viele <u>Asylbewerber kriminell</u> “		X	
„Die <u>Wirtschaftsflüchtlinge</u> aus Afrika sollten wieder nach Hause geschickt werden“		X	
„Hoffentlich werden diese Antifa-Weiber von ihren <u>Flüchtlingsproleten</u> vergewaltigt“		X	
„Egal woher sie kommen, Fremde müssen sich anpassen oder sie werden abgeschoben“			X
„ <u>Flüchtlinge</u> räumen REWE leer und sagen zur Kassiererin: ‚Das bezahlt Deutschland!‘.“		X	
„ <u>Flüchtlinge</u> werden gezielt hergeholt, um die Islamisierung des Abendlandes zu erreichen, bezahlt von islamischen Mächten“		X	
„Leider sind doch viele <u>Asylbewerber</u> wirklich gefährlich“		X	
„Als deutsche Frau würde ich mich auch bedroht fühlen und zuhause bleiben“			X
„Deutschland den Deutschen!! Grünenpolitiker Cem Özdemir raus aus Deutschland!“		X	
„Das ausländische <u>Gesinde</u> ist ne Gefahr für jeden anständigen Bürger“	X		
„Selbst aggressiv wie die <u>Pest</u> , <u>saudumm</u> und wollen uns nur aussaugen!“	X		
„Frau Merkel will mit ihrer <u>Flüchtlingspolitik</u> einen Bürgerkrieg heraufbeschwören und den Tod des deutschen Volkes herbeiführen“		X	

Antworten des Focus-KS-Community-Managements

Im Folgenden finden Sie einige Hatespeech-Aussagen, die von Forschungsgruppen in Labortests verwendet wurden (siehe Quellenangabe). Wir bitten Sie anzukreuzen, welche der Aussagen von Ihrer Software identifiziert und unsichtbar gemacht wird, welche vermutlich zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet und welche von Ihnen (der Reaktion) freigegeben würden.

Muster-Phrasen (Zitate aus veröffentlichten Kommentaren)	Wird vom Algorithmus weggefiltert (Keyword?)	Zur Prüfung an die Redaktion umgeleitet	Von der Redaktion freigegeben
„An der Kasse sagte ein Kunde zu mir: Viele Asylanten sind undankbare <u>Bastarde</u> “	X		
„Ich finde es nicht gut, kann aber verstehen, wenn Heime angezündet werden“		X	
„leider sind sehr viele Asylbewerber kriminell“		X	
„Die Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika sollten wieder nach Hause geschickt werden“		X	
„Hoffentlich werden diese Antifa-Weiber von ihren Flüchtlingsproleten vergewaltigt“		X	
„Egal woher sie kommen, Fremde müssen sich anpassen oder sie werden abgeschoben“		X	
„Flüchtlinge räumen REWE leer und sagen zur Kassiererin: ‚Das bezahlt Deutschland!‘.“		X	
„Flüchtlinge werden gezielt hergeholt, um die Islamisierung des Abendlandes zu erreichen, bezahlt von islamischen Mächten“		X	
„Leider sind doch viele Asylbewerber wirklich gefährlich“		X	X (kontextabhängig)
„Als deutsche Frau würde ich mich auch bedroht fühlen und zuhause bleiben“		X	
„Deutschland den Deutschen!! Grünenpolitiker Cem Özdemir raus aus Deutschland!“			
„Das ausländische <u>Gesindel</u> ist ne Gefahr für jeden anständigen Bürger“	X		
„Selbst aggressiv wie die Pest, saudumm und wollen uns nur aussaugen!“		X	
„Frau Merkel will mit ihrer Flüchtlingspolitik einen Bürgerkrieg heraufbeschwören und den Tod des deutschen Volkes herbeiführen“		X	

Ergänzende Bemerkungen zur Filterung bzw. Freigabe (wie: Kriterien):

Die Software filtert nur nach Keywords. Der Großteil der Kommentare wird von den Administratoren gelesen.

.....

.....

Hinweis: Die Kommentarsätze sind entnommen:

Quellen: Amadeu Antonio Stiftung (2016a; 2016b); Engelmann I., M. Legrand, & H. Marzinkowski (Hrsg.), Politische Partizipation im Medienwandel (2019); Köhler, C., Ziegele, M., & Weber, M. (2019); Meibauer (2013); Stefanowitsch und Flach (2016); Wilhelm, Ziegler, & Jöckel (2019).